

**Thema: Kommunale Daseinsvorsorge
und bürgerschaftliches Engagement
älterer Menschen**

Der demografische Wandel setzt die Gestaltbarkeit der Daseinsvorsorge in den Kommunen zunehmend unter Druck. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich des Themas

mit mehreren Veranstaltungen und Projekten angenommen. Welchen Beitrag können die Zivilgesellschaft und vor allem auch die Älteren selbst zum Erhalt der Lebensqualität in alternden Kommunen leisten? Und welcher kommunalpolitischen Konzepte bedarf es dafür?

informationsdienst altersfragen

ISSN 0724-8849
A20690E

Heft 02, März/April 2007
34. Jahrgang

Herausgeber:
Deutsches Zentrum
für Altersfragen

02

Bürgerschaftliche Beiträge Älterer zur Lebensqualität in alternden und schrumpfenden Kommunen

Peter Zeman

02

Inhaltsverzeichnis

Seite 02

Bürgerschaftliche Beiträge Älterer zur Lebensqualität in alternden und schrumpfenden Kommunen

Seite 05

Bürgergesellschaft und Engagement älterer Menschen – Plädoyer für einen Welfare-Mix in der kommunalen Daseinsvorsorge

Seite 08

Stichwort: Kommunale Daseinsvorsorge

Seite 09

Was Seniorinnen und Senioren in ihren Kommunen leisten: Erste Ergebnisse des Modellprojekts „Selbstorganisation älterer Menschen“

Seite 14

Aktuelle Beispiele für das Engagement Älterer in der Kommune

Seite 17

Hinweise, Projekte, Modelle

Seite 18

Im Focus: Daseinsvorsorge in der Kommune und bürgerschaftliches Engagement Älterer in Deutschland

Seite 21

Zeitschriftenbibliografie Gerontologie

Seite 26

Bibliografie gerontologischer Monografien

Der demografische Wandel verändert durch steigende Lebenserwartung, Geburtenrückgang und Wanderungsbewegungen das Leben in den deutschen Kommunen und Gemeinden. Nicht alle sind von Bevölkerungsrückgang bedroht, denn es gibt nicht nur Wanderungsverlierer, sondern auch Gewinner. Die Alterung jedoch kommt auf alle Kommunen zu und viele – vor allem in Ostdeutschland – sind schon heute sowohl vom Schwund wie von der Alterung ihrer Wohnbevölkerung geprägt. Dies setzt die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge unter Druck und gerade die kommunale Ebene kann sich dem Wandel des Staatsverständnisses vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum vorsorgenden und aktivierenden Gewährleistungs- und Verantwortungstaat nicht verschließen.

Die kritische Überprüfung des öffentlichen Leistungsumfangs ist unvermeidlich und führt häufig zur Schließung oder Privatisierung öffentlicher Angebote und Einrichtungen. Eine andere, in Deutschland bislang eher ungewohnte Perspektive setzt jedoch auf die zivilgesellschaftliche Mitgestaltung des Gemeinwohls. Dabei zeigt sich dann, dass die Älteren selbst ein großes Potenzial für die bürgerschaftliche Sicherung von Lebensqualität darstellen.

Allerdings fehlt es in vielen Kommunen noch an Bewusstsein für die Gestaltungsaufgaben, die der demografische Alterungs- und Schrumpfungsprozess mit sich bringt und dementsprechend fehlt es erst recht an gezielten Handlungskonzepten. Es fehlt häufig auch an Bewusstsein für die bürgerschaftlichen Potenziale des Alters und an Strategien, sie für die Kommune zu erschließen. In diesem Heft werden wissenschaftliche Befunde, theoretische Überlegungen und praktische Beispiele dargestellt, die zeigen, welchen Beitrag die Zivilgesellschaft und vor allem auch die Älteren selbst zum Erhalt der Lebensqualität in alternden Kommunen leisten können.

In einer repräsentativen Befragung von Kommunen in Deutschland ab 10.000 Einwohnern wird deutlich, dass über 72 % der Kommunen das Thema demografischer Wandel für „wichtig“ oder „sehr wichtig“ halten. Nur 32 % behandeln es jedoch mit entsprechender Priorität. Dazu gehören insbesondere ostdeutsche Kommunen, die bereits empfindlich von Schrumpfung und Alterung betroffen sind. Die meisten Kommunen halten ihre Möglichkeiten, mit den Auswirkungen des demografischen Wandels umzugehen, für beschränkt – trauen sich dies aber noch eher zu als der Bundes- und Landesebene. Als Ansatzpunkt für Reformen zur besseren Bewältigung des demografischen Wandels und seiner Folgen wird vor allem die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins betrachtet (85 %), als wichtige Voraussetzungen gelten die Verfügbarkeit von Prognosedaten auf Gemeindeebene, klare Ziele und Leitbilder sowie die Behandlung der Thematik auf einer hohen politischen Ebene in der Kommune. Bürgerschaftliches Engagement wird als eines der wichtigsten Handlungsfelder genannt, allerdings geben nur 55 % der Befragten an, dass es in ihrer Kommune eine zukunftsorientierte Seniorenpolitik gibt. Dabei sind die Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen erheblich: 88 % der großen Städte (ab 100.000 Einwohner), aber nur 45 % der kleinen Kommunen (10.00 bis 20.000 Einwohner) betreiben eine solche Politik. (Bertelsmann Stiftung, 2005).

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik ist etwas anderes als traditionelle Altenhilfe- politik, aber nicht primär, weil sie die jungen Alten stärker ins Auge fasst, sondern weil sie weit über den Geltungsbereich des SBG XII hinaus geht und viele querschnittliche Bezüge zu Fachpolitiken jenseits des Sozialwesens aufweist. Eine bislang wenig beachtete Schnittfläche gibt es zwischen Seniorenpolitik und Engagementförderung, was allerdings auch daran liegt, dass kommunale Engagementförderung trotz vieler Bekenntnisse ebenso lückenhaft betrieben wird wie eine zukunftsorientierte kommunale Seniorenpolitik. Gerade an dieser Schnittfläche lohnt es sich jedoch, nach zivilgesellschaftlichen Potenzialen Ausschau zu halten, die zum Erhalt von kommunaler Lebensqualität im demografischen Wandel beitragen können.

Eine strukturell alternde Wohnbevölkerung, in der es immer mehr Ältere und weniger Jüngere gibt, bedarf quantitativer und qualitativer Anpassungen im Spektrum der Angebote, Dienste und Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge. Dabei geht es keineswegs nur darum, die Kommune „altenfreundlich“ zu machen (etwa durch die Sicherung von Voraussetzungen der selbstständiger Lebensführung und Teilhabe auch im hohen Lebensalter, durch eine altersgerechte Wohn- und Wohnumfeldqualität, durch die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Versorgungsstrukturen, die Anbindung an den ÖPNV und Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, die Erreichbarkeit von sozialen und kulturellen Angeboten sowie öffentlichen Erholungs- und Begegnungsräume und anderes mehr). Es geht ebenso um eine an Nachhaltigkeit und generationenübergreifender Solidarität orientierte Politik, welche auch den spezifischen Bedürfnissen der Jüngeren gerecht wird. Dies liegt im Interesse aller Generationen in der Kommune. Eine Politik der „Altenfreundlichkeit“ tritt nicht in Widerspruch zur Herstellung von Rahmenbedingungen, die den anderen Altersgruppen das Leben in der Kommune angenehmer machen sollen. Vielmehr gibt es viele Überschneidungen und Gemeinsamkeiten. Vor allem die Älteren selbst legen

großen Wert auf den Kontakt zu den anderen Generationen und sie nehmen auch außerhalb der eigenen Familie Anteil an der Schaffung „freundlicherer“ Lebensumstände für die mittlere Generation, für Kinder und Jugendliche.

Die Anforderungen an die kommunale Daseinsvorsorge wachsen mit dem Fortschreiten des demografischen Wandels. Zugleich aber wächst auch die Finanzierungslücke. Kommunale Alterung und Bevölkerungsverluste stehen in enger Wechselwirkung mit einer Abwanderung aufgrund fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die kommunalen Einnahmen gehen zurück, die Ausgabenlast aber steigt. Selbst der Rückbau überschüssiger und überdimensionierter Kapazitäten – leerstehende Gebäude, nicht ausgelastete öffentliche Einrichtungen und Infrastrukturen – bringt nicht nur Einsparungen sondern oft hohe zusätzliche Kosten mit sich. In vielen Kommunen treffen die wachsenden Herausforderungen des demografischen Wandels aber auf bereits defizitäre Haushalte, und der Spielraum für das kommunalpolitische Handeln ist durch hohe Schuldenlasten massiv eingeschränkt. Damit gerät auch die kommunale Daseinsvorsorge als eine der wichtigsten Rahmenbedingungen von Lebensqualität auf den Prüfstand. In einer Abwärtsspirale können sich objektive Probleme mit negativen subjektiven Einschätzungen und Perspektiven wechselseitig verstärken und zu weiterer Abwanderung führen. In stark schrumpfenden Kommunen sind nur 33 % der Befragten mit den Lebensbedingungen am Wohnort zufrieden, gegenüber 70 % in stark wachsenden Kommunen (ARL, 2006, S.5).

Um die Lebensqualität in den alternden und schrumpfenden Kommunen zu sichern, sind zunehmend nicht nur Bündnisse zwischen Politik und Wirtschaft, sondern auch mit der Zivilgesellschaft gefragt. Dies ist das zentrale Argument des Beitrags von Thomas Olk in diesem Heft. Viele kulturelle, gesundheitsfördernde und soziale Angebote sind zwar von hohem Wert für die Lebensqualität der Bürger. Da sie nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben gehören, stehen sie bei wachsendem Finanzierungsdruck dennoch als erste zur Disposition. Nicht immer ist Privatisierung ein Ausweg, insbesondere wenn Wirtschaftlichkeit und Zugänglichkeit für Gruppen mit geringer Kaufkraft in Einklang zu bringen sind und die Kommune ihre Einflussmöglichkeiten erhalten will. Die in diesem Heft dargestellten Erfahrungen zeigen, dass hier zivilgesellschaftlich organisierte Bürger auf den Plan treten können.

Wenn Bürger sich im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge engagieren, so berichtet Renate Breithecker aus einem aktuellen Modellprojekt des BMFSFJ; geht es ihnen nicht nur um den Erhalt bestehender Angebote, sondern häufig auch um deren Verbesserung und Erweiterung. Allein schon der lange Atem, der gebraucht wird, um die selbstorganisierte Gestaltung und Mitgestaltung von Einrichtungen und Angeboten der kommunalen Daseinsvorsorge auch gegen Widerstände in den kommunalen Gremien durchzusetzen, zeigt, dass die Behauptung, bürgerschaftliches Engagement werde hier durch die Kommune „instrumentalisiert“ und als Ausfallbürge für öffentliche Leistungen missbraucht, häufig an der Wirklichkeit vorbeigeht. Auch das bemerkenswerte Streben, Angebote nicht nur recht und schlecht weiterzuführen, sondern bedürfnisgerecht zu erweitern und qualitativ zu verbessern spricht gegen die Instrumentalisierungsthese. Und der Generalverdacht, freiwilliges Engagement führe zum Abbau von beruflichen Arbeitsplätzen ist unbegründet, da in vielen Fällen bezahlte Arbeitsplätze nur im Rahmen von bürgerschaftlich organisierten und mitgetragenen

Einrichtungen erhalten werden können. Überdies ist lange bekannt, dass die strukturelle Sicherung der Nachhaltigkeit des Engagements ohne professionelle Unterstützung (etwa durch qualifizierte Beratung, Moderation und Vernetzung mit wichtigen Kooperationspartnern) nicht möglich ist.

Weil es unterstützender Strukturen bedarf, ist Engagement nicht umsonst zu haben, selbst wenn es gleichzeitig zu Kostensenkungen führt. Immer aber entsteht ein reicher Mehrwert, wobei der Hauptgewinn vermutlich in einem Zuwachs von Lebensqualität und Lebenszufriedenheit aller Beteiligten liegt. Bürgerschaftliches Engagement stärkt die Identifikation mit dem Gemeinwesen und kann es durch Mitverantwortung und kreative Mitgestaltung vitalisieren. Dies alles dokumentiert die positive Bindung der Bürger an ihren Wohnort und wird im Wettstreit der Kommunen um Zuwanderung zu einem wertvollen Beleg von „Standortqualität“.

Erst allmählich wird erkannt, dass die Älteren selbst ein großes Potenzial für die bürgerschaftliche Mitgestaltung der Lebensqualität in den Kommunen darstellen. In der traditionellen kommunalen Sozialpolitik sind ältere Menschen primär eine Bevölkerungsgruppe mit wachsendem Versorgungs- und Pflegebedarf. Ein Großteil der Älteren in der Kommune ist in jedoch jeder Hinsicht fit und möchte sich dies durch sinnvolle, anregende und befriedigende Aktivitäten möglichst lange erhalten. Hier können präventionspolitische Strategien der Kommunen ansetzen. Ein starker Motor vieler älterer Menschen ist aber auch das Bedürfnis, vorhandene Zeit, Kraft und Fähigkeiten nicht brach liegen und verkümmern zu lassen, sondern für andere Menschen und für das Gemeinwohl einzusetzen und damit auch das eigene Leben durch neue Erfahrungen und soziale Kontakte zu bereichern. Dies ist der Hauptansatzpunkt für engagementpolitische Konzepte.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass gerade unter den „jungen Alten“ die Engagementbereitschaft stark zugenommen hat und weiter zunimmt (siehe: Informationsdienst Altersfragen, Heft 1/2007). In Modellprogrammen und -projekten des BMFSFJ wie EFI („Erfahrungswissen für Initiativen“) und SÄM („Selbstorganisation älterer Menschen“) bestätigt sich, wie wirkungsvoll, zielgerichtet und verantwortungsbewusst sie ihr Engagement einbringen. Die Beispiele zeigen aber zugleich, dass die Kommunen sich dafür auch öffnen müssen. Die breite und nachhaltige Entwicklung einer kommunalen Kultur des bürgerschaftlichen Engagements Älterer bedarf der politischen und administrativen Unterstützung vor Ort.

Zeitversetzt, auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlicher Intensität werden sich alle Kommunen in Deutschland mit den Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzen müssen. Sie werden dann zunehmend nach Anregungen suchen, wie sich das Engagement der Älteren selbst für den Erhalt der Lebensqualität vor Ort fördern lässt, welche Impulse sich bewährt haben, um schlummernde Engagementpotenziale zu wecken und welche Strukturen geschaffen werden müssen, damit sich Prozesse der bürgerschaftlichen Mitgestaltung und Kooperation nachhaltig entwickeln und sichern lassen.

Literaturhinweise

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung (2005): Gleichwertige Lebensverhältnisse: eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe neu interpretieren! Positionspapier Nr. 69. Hannover
- Bertelsmann-Stiftung (2005): Aktion demografischer Wandel, Kommunen und Regionen im demografischen Wandel – Bürgermeisterbefragung 2005. Gütersloh, 23. März 2005, www.aktion2050.de

Dr. Peter Zeman ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Forschung am DZA und verantwortlicher Redakteur des Informationsdienstes Altersfragen.

*Kontakt: zeman@dza.de
Tel. (030) 260740-73*

Bürgergesellschaft und Engagement älterer Menschen – Plädoyer für einen Welfare-Mix in der kommunalen Daseinsvorsorge¹

Thomas Olk

Wachsende Herausforderungen – schwindende Finanzkraft

Seit dem klassischen Werk von Ernst Forsthoff aus dem Jahre 1938 wird der kommunalen Ebene eine besondere Zuständigkeit für die Bereitstellung von Einrichtungen und Diensten der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger zugeschrieben. Dabei wird der kommunalen Daseinsvorsorge – also der Aufrechterhaltung eines öffentlichen Verkehrswezens, einer vielfältigen Kulturlandschaft, eines leistungsfähigen Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesens etc. – eine entscheidende Bedeutung für die Integrationskraft einer Gesellschaft zugeschrieben. Angesichts der wachsenden sozialen und kulturellen Heterogenität steigt die Bedeutung öffentlicher Güter, die allen Bürgern zugänglich sind, für den Zusammenhalt des Gemeinwesens, für eine Politik der Chancengerechtigkeit und für die Sicherung der Voraussetzungen für die Innovationsfähigkeit einer modernen Gesellschaft. Dennoch ist das Versorgungsnetz öffentlicher Güter längst gefährdet. Obwohl die Alterung der Bevölkerung im Zuge des demografischen Wandels zu neuen bzw. veränderten Anforderungen an die Einrichtungen und Dienste der kommunalen Daseinsvorsorge führt, wird das Versorgungsnetz entsprechender öffentlicher Güter bereits seit Jahren zurückgestutzt und ausgedünnt. Es ist insbesondere die Krise der öffentlichen Finanzen in den Städten und Gemeinden, die dazu beiträgt, dass die Weiterentwicklung des öffentlichen Nahverkehrs stagniert, Bibliotheken geschlossen und Zuschüsse für Kulturprojekte und Einrichtungen gestrichen werden, Theater und Museen unter Existenzdruck geraten und als hoch bedeutsam eingeschätzte Bildungs- und Sozialeinrichtungen wie die Angebote der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Deutschland auf einem im europäischen Maßstab rückständigen Ausbauniveau verharren.

Einfallslosigkeit der Konzepte

Sicherlich: Die kommunalen Gebietskörperschaften stehen im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge erheblich unter Druck: Während die finanziellen Einnahmen stagnieren bzw. zurückgehen, steigen die Aufgabenanforderungen (in vielen Bereichen der sozialen Dienste und natürlich insbesondere im Bereich von Hartz IV) und die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger. Allerdings muss auch konstatiert werden, dass der Möglichkeitsspielraum politisch-strategischer Alternativen zur Lösung der hiermit verbundenen Probleme von der überwiegenden Mehrzahl der Kommunen zumindest bislang noch keineswegs ausgeschöpft worden ist. Im Gegenteil: Ein Blick auf die reale Politik in den Städten und Landkreisen zeigt eine gewisse Einfallslosigkeit und Monotonie. Es überwiegen Vorgehensweisen wie die alternative Schließung von Einrichtungen, die Erhöhung von Gebühren und Kostenbeiträgen für die Nutzer oder die Übergabe von Einrichtungen und Diensten an Kapitalgesellschaften bzw. privatwirtschaftliche Anbieter (Privatisierung). Die Folgen liegen auf der Hand: Zum einen wird das flächendeckende Netz von Infrastruktureinrichtungen der Daseinsvorsorge ausgedünnt bzw. werden ganze Leistungsbereiche aufgegeben (freiwillige Aufgaben); zum anderen verliert die kommunale Politik an Gestaltungsmacht hinsichtlich der weiteren Entwicklung privatisierter Aufgaben bzw. Einrichtungen.

Nachteile einer Politik des Schließens und Privatisierens öffentlicher Einrichtungen

Selbstverständlich hat diese Politik des Selbstmachens bzw. Schließens und Privatisierens einen vermeintlichen Vorteil: Die Kommune ist auf diese Weise eine finanziell belastende Aufgabe bzw. eine mit Betriebskosten verbundene Einrichtung mit einem Federstrich los und spart damit unmittelbar Kosten. Allerdings gibt es auch gravierende Nachteile, die von den kommunalpolitischen Akteuren zunehmend zur Kenntnis genommen werden: Zum einen wird durch Einschnitte in das

Netz kommunaler Daseinsvorsorge in Kauf genommen, dass die eingangs erwähnten positiven Funktionen und Wirkungen, die von diesen Daseinsvorsorgeeinrichtungen ausgehen, nachhaltig geschwächt werden. Das kann die Integrationskraft einer Kommune erheblich gefährden. Zum anderen verliert die kommunale Politik an Einflussmöglichkeiten in einem zentralen kommunalen Zuständigkeitsbereich. Ob die Stadt dabei erfolgreich sein wird, private Wohnungsunternehmen dazu zu bewegen, bei der Belegung des von der Stadt aufgekauften Wohnungsbestandes auch soziale Kriterien zu berücksichtigen, darf bezweifelt werden. Auch ist fraglich, ob weiterhin alle interessierten Bürgerinnen und Bürger das Angebot eines Bades nutzen können, wenn es in privatgewerbliche Hand überführt wird und nun die Preisgestaltung kommerziellen Kriterien folgt.

Strategische Schwäche des „Entweder-Oder“

Die konzeptionell strategische Schwäche bislang dominierender Vorgehensweisen besteht ganz offensichtlich darin, dass es sich im Grunde um „einsektorale Lösungen“ handelt: Bei diesen Lösungsstrategien gibt es konzeptionell nur ein Entweder-Oder; nämlich entweder die Kommune – und damit der kommunale öffentliche Sektor – ist für einen bestimmten Bereich der Daseinsvorsorge zuständig oder aber die Kapitalgesellschaft bzw. das privatgewerbliche Unternehmen – also der Markt. Dieses Denken enthält zwei folgenreiche Verkürzungen: Zum einen werden Formen der Koproduktion also des „Sowohl-Als Auch“ ausgeblendet bzw. als nicht relevant erachtet und zum anderen wird ein ganzer Leistungsbereich mit seinen Potenzialen und Akteuren mehr oder weniger vollständig aus der Betrachtung ausgeschlossen: Gemeint ist der Bereich der Zivilgesellschaft bzw. des bürgerschaftlichen Engagements. Stattdessen sollte über konzeptionelle Erweiterungen nachgedacht werden und in diesem Kontext neben Markt und Staat auch die Zivilgesellschaft und ihre Akteure und Handlungspotenziale systematisch in die Betrachtung einbezogen werden.

¹⁾ Der Beitrag basiert auf einem Impulsreferat im Rahmen des vom BMFSFJ veranstalteten Workshops „Bürgerschaftliches Engagement und kommunale Daseinsvorsorge“ am 16. November 2006 in Kassel.

Nur so lassen sich neue Kombinationsformen von Markt, Staat und Zivilgesellschaft im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge initiieren und gestalten. Eine solche strategische Option würde auch ein anderes Rollenverständnis von kommunaler Politik und Verwaltung nahe legen.

Verantwortungsteilung und neue Rolle der Kommune im „kommunalen Wohlfahrtsmix“

Bislang haben kommunale Politik und Verwaltung in vielen Bereichen sowohl eine Gewährleistungs- als auch eine Umsetzungsverantwortung für Einrichtungen und Dienste der kommunalen Daseinsvorsorge übernommen. Über Standort und Ausstattung des kommunalen Schwimmbades wurde im Stadtrat bzw. Gemeinderat entschieden und das Bad dann in kommunaler Trägerschaft betrieben. In Zukunft käme es stattdessen vermehrt darauf an, auf der Grundlage kommunaler Rahmenplanung auf Augenhöhe mit kommunalen Bürgergruppen und -initiativen auszuhandeln, welche Einrichtungen der Daseinsvorsorge unter welchen konkreten Bedingungen unter der Regie organisierter Bürgergruppen weiter betrieben werden, ohne dass sich die kommunale Politik bzw. Verwaltung gänzlich aus der Verantwortung für den Betrieb der Einrichtung zurückzieht. Die Rolle des kommunalen öffentlichen Sektors würde sich daher von der Rolle des Produzenten öffentlicher Leistungen hin zur Rolle des Vermittlers, Moderators und Aushandlers eines kommunalen Wohlfahrtsmixes verändern. Diesem Vorschlag liegt die Überzeugung zu Grunde, dass „einsektorale Lösungen“ angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen zunehmend dysfunktional werden. Die Aufrechterhaltung eines leistungs- und entwicklungsfähigen Angebots an Einrichtungen und Diensten kommunaler Daseinsvorsorge ist in Zukunft nur noch von „Mehrsektorenlösungen“ zu erwarten,

also von strategischen Konzepten, bei denen von vornherein und systematisch eine Kombination der Beiträge von kommunaler Politik und Verwaltung, marktwirtschaftlichen Unternehmungen und organisierten Akteuren der Zivilgesellschaft vorgesehen ist.

„Bürgerschaftliches Engagement“ – notwendige Klärung des Grundverständnisses

Eine „wohlfahrtspluralistische“ Strategie der Weiterentwicklung kommunaler Daseinsvorsorge fußt auf bestimmten konzeptionellen Grundverständnissen und Leitbildern. Die Grundidee hierzu ist im Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ausführlich dargelegt worden. Wir sind in diesem Bericht von einem bestimmten Verständnis von Zivilgesellschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren ausgegangen. Damit wollten wir zwei Verkürzungen in der öffentlichen Debatte entgegen-treten: Die eine Verkürzung besteht in der problematischen Tendenz, in der öffentlichen Debatte das Verständnis des bürgerschaftlichen Engagements derart einzuengen und zu verharmlosen, dass damit niemand irritiert oder herausgefordert werden könnte. Gemeint ist ein personalistisches Verständnis von Engagement, bei dem dieses freiwillige Engagement ausschließlich als eine Frage von individuellen Präferenzen bei der Freizeitgestaltung und der Suche nach persönlicher Sinnerfüllung verstanden wird. Ein solches Verständnis ist verharmlosend und verniedlichend, da es insbesondere staatliche Politik und den öffentlichen Sektor zu nichts verpflichtet als zur Motivation möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zum freiwilligen Engagement durch Vermittlungsbörsen und soziale Schutzmaßnahmen. Die zweite Verkürzung schließt unmittelbar an: Es besteht eine massive Tendenz, die Politik der Verbesserung von Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement auf motivierende Maßnahmen auf der Angebotsseite, also der engagementinteressierten Bürgerinnen und Bürger zu beschränken und die Nachfrage dieses Engagements in sozialen

Einrichtungen und Diensten auszublenden. Um dieser Tendenz entgegenzutreten, hatte sich die Enquete-Kommission dazu entschlossen, an „harten“ Bereichen der Daseinsvorsorge – also z.B. an Schulen, Einrichtungen und Diensten für alte Menschen, für junge Menschen etc. – herauszuarbeiten, was sich an dem Leitbild und der Funktionsweise dieser Einrichtungen und Dienste ändern muss, damit sie sich dem umliegenden Gemeinwesen und der Ressource Bürgerengagement gegenüber öffnen können.

Insofern gehen wir also von einem „anspruchsvollen“ Verständnis von Zivilgesellschaft aus, dass mehr meint als den mehr oder weniger folgenlosen Verweis auf das persönliche Engagement von Einzelnen: Es geht vielmehr um die systematische Bezugnahme auf jene Elemente und Strategien in einer Gesellschaft, bei denen sich die einzelnen Mitglieder mehr als bisher als Mit-Bürger verstehen lernen, so dass Selbstorganisation, Kooperation und Beteiligung auch jenseits von Wahlen und Abstimmungen Bedeutung bekommen. In einem solchen Verständnis von Zivilgesellschaft wären Engagement und Beteiligung im Institutionensystem stärker institutionalisiert und damit ein Stückweit selbstverständlicher, als das heute in vielen gesellschaftlichen Bereichen der Fall ist.

Ordnungspolitische Akzente

Engagement lässt sich nicht auf das individuelle Verhalten einzelner „wohlmeinender“ Menschen verkürzen, sondern entwickelt sich vor allem in dem Zwischenbereich von zivilgesellschaftlichen Initiativen, Verbänden und Organisationen, die jenseits der reinen Lobbytätigkeit eine solche Kultur der Kooperation, Verantwortungsübernahme und Gemeinwohlverpflichtung pflegen und aktivieren. Hierdurch werden zwei ordnungspolitische Akzente gesetzt: Zivilgesellschaftliche Handlungsformen und Netzwerke leben von der „freiwilligen Selbstverpflichtung“ der Aktivbürger; dies bedeutet, dass die Bürgerinnen und Bürger jenseits individueller Beliebigkeit, aber auch jenseits der Überantwortung von Gemeinwohlverpflichtungen an staatliche Institutionen Mitverantwortung übernehmen, weil dies ein selbstverständlicher Ausdruck der sozialen und politischen Kultur des Gemeinwesens ist. Darüber hinaus führt dieses anspruchsvolle Konzept der Zivilgesellschaft zu einer Diskussion über die Neubestimmung und Neuaushandlung öffentlicher Aufgaben auch und gerade im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge. Es geht um den systematischen Einbezug der Engagementpotenziale der Bürgerinnen und Bürger und die systematische Anerkennung und Förderung dieser Leistungen, es geht aber auch um die Kooperation des öffentlichen Sektors mit Einrichtungen, Initiativen und Organisationen, die dieses bürgerschaftliche Engagement pflegen und aktivieren und um die Gestaltung von Rahmenbedingungen, die es diesen Aktivbürgern erlauben, Aufgaben der Daseinsvorsorge entweder in Selbstverantwortung oder in Koproduktion zu übernehmen. Dies schließt eine Verpflichtung kommunaler Politik und Verwaltung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliche Aufgabenerledigung ein.

Werkstätten „guter Praxis“

Werkstätten „guter Praxis“ für wohlfahrtspluralistische und zivilgesellschaftliche Entwicklungen gibt es in vielen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge. So gibt es etwa Beispiele dafür, dass

aktive Bürgerinnen und Bürger – oft organisiert in der Form einer Bürgerstiftung als einer privatrechtlichen Konstruktion – durchaus in unternehmerischer Ausrichtung Einrichtungen und Angebote kommunaler Daseinsvorsorge (Schwimmbäder, Bibliotheken etc.) übernehmen. Sie führen damit Einrichtungen weiter, die ansonsten entweder wegfallen würden oder weiter durch die Kommune betrieben werden müssten. Die bestehenden Beispiele zeigen außerdem, dass sich die unmittelbar und mittelbar beteiligten Bürgerinnen und Bürger mit selbstorganisiert betriebenen Einrichtungen und Angeboten in hohem Maße identifizieren und sie daher auch gerne nutzen. Darüber hinaus ermöglichen diese Betreiberformen neue Chancen der Einflussnahme und der Mitgestaltung im Hinblick auf die Öffnungszeiten, das inhaltliche Programm und damit die Innovations- und Entwicklungsfähigkeit solcher Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Der Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements erweist sich also als ein qualitativer Sprung nach vorne und als ein Beitrag zur Erweiterung demokratischer Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte. Solche Betreibermodelle eröffnen aber auch Einflussmöglichkeiten für die kommunale Politik. Bei der Aushandlung und Formulierung entsprechender Verträge ist es leicht möglich, z.B. die regelmäßige Überprüfung der Angebotspalette und des Leitbildes der Einrichtung festzulegen und eine Beteiligung der Kommunen an der Gremienstruktur zu sichern. Dieser Einfluss ist wichtig, da es sich ja weiterhin um öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge handelt, die grundsätzlich für alle Bürgerinnen und Bürger

zugänglich sein sollten und daher Bestandteil des kommunalen Gemeinwesens sind. Allerdings setzen solche Konstruktionen und Vertragsgestaltungen ein anderes Rollenbild kommunaler Politik und Verwaltung voraus. In solchen Modellen gibt es keine hierarchischen Steuerungsbeziehungen sondern horizontale Aushandlungsbeziehungen. Alle Beteiligten müssen also in der Lage sein, auf Augenhöhe mit den Kooperationspartnern zu verhandeln und Gemeinwohlinteressen über partikulare Gesichtspunkte stellen. Darüber hinaus leben solche Modelle von systematisch gestalteten Formen der Anerkennung und Wertschätzung des Engagements der Bürgerinnen und Bürger. Kommunale Politik sollte ihr Ansehen und ihre Machtposition dafür einsetzen, den positiven Wert solcher Initiativen und Aktivitäten der Bürger hervorzuheben und damit der Öffentlichkeit vermitteln, dass dieses Engagement erwünscht und gewissermaßen „normal“ ist.

Bürgerschaftliche Mitwirkung in zentralen Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge

Abgesehen von solchen Formen der Übernahme ganzer Einrichtungen durch Bürgergruppen bezieht sich eine wohlfahrtspluralistische Reformstrategie aber auch auf die weiterhin in öffentlicher Hand betriebenen Einrichtungen und Dienste selbst. Ob und in welchem Ausmaß die Ressource Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement in Konzepten kommunaler Politik Bedeutung erhält, entscheidet sich nicht zuletzt daran, ob öffentliche Institutionen insgesamt beteiligungsorientiert ausgestaltet sind. Dies gilt neben den Organisationen des „Dritten Sektors“ vor allem auch für öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Krankenhäuser etc.. Sie sind potenzielle Orte für engagierte Mitwirkung und Beteiligung. Hier geht es um die Entwicklung einer Kultur des Handelns und Entscheidens in konkreten Politikbereichen und Organisationsformen, die bürgerschaftlich geprägt und beteiligungsorientiert sind. Der bürgerschaftliche Charakter sozialer Einrichtungen und Dienste oder

öffentlicher Verwaltungen bemisst sich keineswegs daran, wie viele ehrenamtliche Mitarbeiter gewonnen werden konnten. Entscheidend ist vielmehr, inwieweit es diesen Institutionen gelingt, sich tatsächlich in die Zivilgesellschaft und das jeweilige lokale Umfeld einzubetten. Etwa eine Schule, die mit Akteuren aus dem umliegenden Gemeinwesen zusammenarbeitet, also z.B. ihren Unterricht für lokal ansässige Betriebe bzw. Vereine oder die Gesundheitseinrichtung, die mit Selbsthilfegruppen zusammenarbeitet, die Kindereinrichtung, die einen aktiven Förderverein hat etc..

In diesem Sinne heißt Verbesserung der Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement vor allem, einen öffentlichen Diskurs für die Leitbilder und die Organisationsentwicklungskonzepte der wichtigsten Institutionen kommunaler Daseinsvorsorge anzuregen und einen Diskurs zu unterstützen, der im Hinblick auf die Erneuerung dieser Einrichtungen, Dienste und Angebote nicht nur dem Mischungsverhältnis von Markt und Staat, sondern vor allem auch dem Gewicht, das dabei dem Bürgerengagement zukommen soll, Bedeutung zumisst. Auch für diese Entwicklung der „Hybridisierung“ sozialer Dienste und Einrichtungen gibt es vielfältige Beispiele. Die Beispiele entstammen sowohl dem Schulbereich, als auch dem Bereich der Dienste und Einrichtungen für alte Menschen oder den Einrichtungen des Kulturbereichs. Selbstverständlich muss der hiermit angesprochene Prozess der Organisationsentwicklung direkt auf der Ebene der konkreten Einrichtungen und Dienste erfolgen. Dennoch haben kommunale Politik und Verwaltung hier ebenfalls eine Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten. Hier ist sowohl daran zu denken, dass im öffentlichen Sektor beispielhaft mit guten Konzepten eine Vorbildfunktion entwickelt werden kann, die dann wiederum auf den Sektor der freigemeinnützig und privatgewerblich betriebenen Einrichtungen und Dienste Einfluss ausüben kann.

Darüber hinaus sind es oft die Förderbedingungen und die kommunalen Planungsvorhaben und Versorgungskonzepte, die entscheidend sein können. Kommunale Förderstrategien, die nur an Wirtschaftlichkeitszielen und Kostensenkung orientiert sind, führen hier ebenso wenig weiter, wie kommunale Versorgungsleitbilder, die ausschließlich auf kundenorientierte Dienstleistungsunternehmen setzen. Gerade bei der Ausgestaltung kommunaler Versorgungskonzepte und Leitbilder erweist sich, ob die Ressource zivilgesellschaftliches Engagement einen systematischen und integralen Stellenwert im Gesamtkonzept erhalten soll oder aber lediglich schmückendes Beiwerk eines markt- und wettbewerbsorientierten Modernisierungskonzepts bleibt.

Prof. Dr. Thomas Olk, Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpädagogik und Sozialpolitik am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, war sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bürger für Bürger und Vorsitzender des Sprecherrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

*Kontakt:
thomas.olk@paedagogik.uni-halle.de
Tel. (0345) 5523800*

(pz) Die kommunale Daseinsvorsorge ist verfassungsrechtlich im Sozialstaatsprinzip nach Art. 20 Abs. 1 GG verankert und wird in den Gemeindeordnungen der Bundesländer konkretisiert. So stellt etwa nach § 2 Abs. 1 S. 2 der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt die Kommune in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit. Und in der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg werden neben dem Infrastrukturauftrag zur Sicherung der Grundversorgung (z.B. in den Bereichen Energie, Wasser und Verkehr) unter anderem die gesundheitliche und soziale Betreuung, die Sicherung und Förderung eines breiten Angebotes an Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, die Entwicklung der Freizeit- und Erholungsbedingungen sowie des kulturellen Lebens und der Schutz der natürlichen Umwelt als kommunale Selbstverwaltungsaufgaben benannt (§ 3 Abs. 2 GO Land Brandenburg).

In diesem Sinne beinhaltet „Daseinsvorsorge“ die Schaffung und Entwicklung (notwendiger) sozialer Lebensbedingungen der Bürger. In der Art und Weise der Umsetzung dieses Auftrags sind die Kommunen, wie das Recht auf kommunale Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 GG zeigt, jedoch weitgehend frei. Sie ist nicht verpflichtet, etwa gemeindliche Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, gemeindliche ‚öffentliche Einrichtungen‘ etc. in strikt eigener Vollzugszuständigkeit zu unterhalten, sondern haben die Möglichkeit und werden in einigen Gemeindeordnungen sogar ausdrücklich dazu angehalten, private bzw. privatisierte Formen der Aufgabenwahrnehmung einzuführen und sich selbst auf die grundsätzlich subsidiäre Gewährleistungsverantwortung zu beschränken. In neueren Konzepten wird im Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge ein „Welfare-Mix“ verfolgt, in dem nicht nur Kommune und Wirtschaft sondern auch selbstorganisierte Akteure der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten.

Was Seniorinnen und Senioren in ihren Kommunen leisten: Erste Ergebnisse des Modellprojekts „Selbstorganisation älterer Menschen“¹

Renate Breithecker

Welche Möglichkeiten gibt es, die „Potenziale des Alters“ für die lokale Entwicklung zu nutzen? Welche Vorhaben wurden bisher schon realisiert? Und wie können Kommunen beispielhaft auf dem Weg hin zu einer aktiven Förderung bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen begleitet werden? Diesen Fragen widmet sich das Modellprojekt „Selbstorganisation älterer Menschen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. durchgeführt wird. Dem Projektteam im ISS-Frankfurt a.M. gehören Dr. Ludger Klein (Projektleitung), Martina Hassel, Brigitte Rehling sowie die Verfasserin an. Der Begriff Selbstorganisation verweist auf neue Engagementformen. Gemeint sind insbesondere von Bürger/innen neu geschaffene Organisationsformen mit selbst gesetzten Zielen sowie eigenständig entwickelten und aufgebauten Angeboten, die sich vom traditionellen Ehrenamt mit seinen vorgegebenen Aufgaben, festen Zuschreibungen und relativ geringen Gestaltungsmöglichkeiten unterscheiden. Im Folgenden wird zunächst das Gesamtprojekt vorgestellt, im Mittelpunkt der Ausführungen stehen aber die Ergebnisse des Teilprojekts „Beispiele guter Praxis“, die Aufschluss über besondere Merkmale und Rahmenbedingungen bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen in ihren Kommunen geben.

Das Modellprojekt „Selbstorganisation älterer Menschen“

Das Modellprojekt möchte einen Beitrag dazu leisten, dass Kommunen bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen stärker in den Blick nehmen und gezielt fördern. Es wendet sich an die lokale Verwaltung und die Politik vor Ort und möchte sie für die Vorteile, aber auch für die notwendigen Rahmenbedingungen neuer Engagementformen sensibilisieren.

Um diese übergeordnete Zielsetzung zu erreichen, werden zwei Teilprojekte mit jeweils verschiedenen Schwerpunktsetzungen durchgeführt, die etwas genauer vorgestellt werden sollen.

Den ersten Teilbereich des Modellprojekts bildet die systematische Sammlung, Auswertung und Dokumentation von deutschen und europäischen Beispielen der Einbindung bürgerschaftlichen Engagements in die kommunale Angebotspalette. Mit diesem Teilprojekt sind vier zentrale Zielsetzungen verbunden:

- Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen sichtbar machen.
- Den Ideentransfer, den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zwischen Kommunen und Engagierten ermöglichen bzw. verbessern.
- Innovative Impulse für die Beratung und Begleitung der Projektkommunen (zweites Teilprojekt) gewinnen.
- Hinweise auf förderliche Rahmenbedingungen und Erfolg versprechende Strategien, aber auch auf mögliche Probleme und Stolpersteine des Übergangs freiwilliger kommunaler Leistungen in die Selbstorganisation älterer Menschen herausarbeiten.

Die Ergebnisse des ersten Teilprojektes finden Eingang in die praktische Arbeit: Sie liefern wichtige Hinweise und geben innovative Impulse für die Beratung der zwölf Projektkommunen, aber auch für andere Städte und Gemeinden etwa durch Fachveranstaltungen und Veröffentlichungen im Rahmen des Modellprojektes.

Im Rahmen des zweiten Teilprojekts „Modellhafte Erprobung von Lösungsstrategien beim Übergang von freiwilligen kommunalen Angeboten in die Selbstorganisation älterer Menschen“ werden bundesweit zwölf Kommunen in der Entwicklung, Förderung und Umsetzung von Vorhaben beraten und begleitet. Hier sollen innovative Kooperations- und Kommunikationsformen zwischen kommunaler Verwaltung, engagierten (älteren) Bürger/innen, deren Interessenvertretungen sowie anderen Institutionen und

Organisationen (Dritter Sektor, Unternehmen etc.) erprobt werden. Neben der praktischen Unterstützung steht dabei die Frage im Mittelpunkt, wie die Potenziale älterer Menschen aktiviert und für eine positive Entwicklung auf der lokalen Ebene genutzt werden können. Zu den Aufgaben dieses Teilprojekts gehören:

- die Entwicklung und Erprobung von geeigneten Strategien und Rahmenbedingungen für die Aufrechterhaltung bzw. Ausweitung kommunaler Angebote durch die Einbeziehung engagierter älterer Menschen,
- die Beratung aller Akteure vor Ort,
- die Feststellung von Schulungsbedarfen und Vorhalten entsprechender Angebote sowie
- die Moderation des Umsetzungsprozesses.

Die Erfahrungen und Ergebnisse der Beratungen werden ausgewertet, auf der Grundlage einer Strategie-, Prozess- und Strukturanalyse sollen übertragbare Informationen für andere Kommunen gewonnen werden.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf das erste Teilprojekt, das Ende 2006 abgeschlossen wurde. Dagegen liegen noch keine Ergebnisse für das zweite Teilprojekt vor, das erst Mitte 2006 anlief.

Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in ihrer Kommune: Beispiele guter Praxis

Um das bestehende Engagement älterer Menschen sichtbar zu machen, den Erfahrungsaustausch zu fördern und Hinweise für die Praxis zu gewinnen, wurden Beispiele guter Praxis systematisch gesammelt und ausgewertet. Im Folgenden werden die Umsetzung und die zentralen Ergebnisse dieses Teilprojekts vorgestellt.

Methodisches Vorgehen

Um die genannten Ziele zu erreichen, wurde ein dreistufiges Vorgehen gewählt, das sich aus einer Vorrecherche, einer bundesweiten Fragebogenerhebung und einer europäischen Expertise zusammensetzt.

¹ Der Beitrag basiert auf einem Vortrag im Rahmen der Fachveranstaltung „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen in ihrer Kommune. Eine Win-Win-Situation“, am 18.01.2007 in Berlin.

Mit Hilfe der Vorrecherche sollte ein erster Überblick über das derzeitige bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen in Deutschland gewonnen werden. Dazu wurden bereits bestehende Datenbanken und weiteres Informationsmaterial von Dachorganisationen gesichtet und einschlägige Literatur ausgewertet. Im Rahmen der Vorrecherche wurde deutlich, dass es neben den Übergängen von freiwilligen kommunalen Leistungen in die Selbstorganisation älterer Menschen, auf die das Projekt zunächst fokussierte, zahlreiche von Senior/innen neu entwickelte Angebote gibt, die als Ausweitungen der kommunalen Angebotspalette betrachtet werden können.

Damit ist die für das Modellprojekt grundlegende Unterscheidung zwischen zwei *Engagementkontexten* angesprochen: Zum einen bieten engagierte Bürger/innen in Selbstorganisation bedarfsgerecht Leistungen an, die das kommunale Angebotsspektrum ergänzen, die wir als *Ausweitungen* der kommunalen Angebotspalette bezeichnen. Zum anderen engagieren sich Bürger/innen auch in Bereichen, in denen Kommunen an ihre (finanziellen) Grenzen stoßen: Um freiwillige kommunale Angebote aufrecht zu erhalten, werden sie ganz oder teilweise in die Selbstorganisation engagierter Bürger/innen, gerade auch älterer Menschen, übergeben. Hier sprechen wir von *Übergängen* freiwilliger kommunaler Angebote in die Selbstorganisation bzw. von Teilübergängen, wenn die Engagierten einen bestimmten Aufgabenbereich übernehmen, das Angebot insgesamt aber in kommunaler Trägerschaft bleibt.

Für beide Engagementkontexte gilt, dass sich die engagierten (älteren) Bürger/innen zu einer kontinuierlichen Mitarbeit verpflichten: Der Aufbau eines neuen, selbstorganisierten Seniorentreffs oder der Übergang eines Schwimmbads in die Selbstorganisation – um zwei typische Beispiele zu nennen – sind mit einem relativ hohen Maß an Verbindlichkeit und Verlässlichkeit des freiwilligen Engagements verbunden.

Im Folgenden werden zentrale Ergebnisse

der bundesweiten Erhebung vorgestellt. Über die europäische Expertise, in der es um die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern hinsichtlich der Selbstorganisation und hier insbesondere bezüglich des Übergangs freiwilliger kommunaler Leistungen geht, wird dagegen nicht berichtet.

Was ältere Menschen schon heute leisten: Durchführung und Ergebnisse einer bundesweiten Abfrage

Um einen Überblick über das Engagement älterer Menschen zu erhalten, wurde eine bundesweite Abfrage nach Beispielen gelungener Praxis durchgeführt. Im Mittelpunkt standen fünf zentrale Fragestellungen, die aus der Zielsetzung dieses Teilprojekts abgeleitet wurden. Bevor auf die Resultate entlang dieser Fragestellungen eingegangen wird, soll zunächst der Rücklauf vorgestellt werden.

Der auf der Grundlage der Vorrecherche entwickelte Fragebogen wurde über einen E-Mail-Verteiler an rd. 5.700 Kommunen versandt. Mit insgesamt 91 Beispielen aus 52 Kommunen liegt der Rücklauf unter einem Prozent und damit sehr niedrig. Zwar gab es Rückmeldungen aus einigen Städten und Gemeinden, dass sie keine Beispiele nennen könnten, für den niedrigen Rücklauf dürften aber die folgenden Faktoren verantwortlich sein: Die E-Mail blieb häufig bereits im SPAM-Filter hängen. Wo sie durch kam, traf sie auf verwaltungsinterne Strukturen, die bürgerschaftliches Engagement (noch) nicht durchgehend im Blick haben. Insbesondere die Verwaltungen größerer Städte kennen nicht alle Initiativen im En-

gagementbereich vor Ort. Weiterhin sehen sich Verwaltungen mit einer Flut von Umfragen und Anfragen konfrontiert, aus denen sie selektiv auswählen. Schließlich wurde nach „Beispielen guter Praxis“ gefragt, so dass auch die subjektive Einschätzung – „Handelt es sich in unserer Kommune um ein besonders gelungenes Beispiel?“ – Einfluss auf das Antwortverhalten gehabt haben dürfte. Umso größer ist unser Dank an alle Vertreter/innen der Kommunen und der Freiwilligen-Organisationen, die uns Beispiele genannt haben.

Aufgrund des geringen Rücklaufs müssen die Daten sehr vorsichtig interpretiert werden, die Ergebnisse können keineswegs als repräsentativ gelten. Dies hängt auch mit dem unterschiedlichen Antwortverhalten von kleineren, mittleren und großen Kommunen zusammen – so dominieren Kleinstädte (10.000 bis 50.000, 26 Kommunen) sowie Orte aus dem ländlichen Raum (23) und aus Ballungsrandzonen (19), während Großstädte (8) nur sehr selten antworteten.

Wie die Daten zeigen, überwiegen Beispiele für Ausweitungen der kommunalen Angebotspalette deutlich gegenüber Beispielen für Übergänge in die Selbstorganisation. Ältere Menschen bereichern also mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement das Gemeindeleben, indem sie neue Angebote vor Ort schaffen. Damit werden notwendige Veränderungen der kommunalen Infrastruktur von Senior/innen zu einem Gutteil selbst in die Hand genommen und entsprechend ihren Vorstellungen eigenständig organisiert.

	Kommunen	Beispiele
Rücklauf insgesamt	52	91
Darunter:		
Übergänge freiwilliger kommunaler Leistungen	19	28
Ausweitungen der kommunalen Angebotspalette	40	63

Tabelle 1: Rücklauf

Bereich	Übergänge (n=28)	Ausweitungen (n=63)
- Kultur und Bildung	10	13
- Freizeitangebote und -einrichtungen	9	10
- Treffs und Zentren	6	12
- Nachbarschaftshilfe	2	11
- Beratung und Information	2	10
- Angebote für Kinder	-	9
- Unterstützung und Hilfe im Krankheits- oder Pflegefall	-	5
- Wohnen	1	4
- Andere	4	9
Insgesamt	34	83

Tabelle 2: Bereiche bürgerschaftlichen Engagements (Mehrfachnennungen)

Deutlich wird auch, dass wir von zahlreichen Kommunen mehrere Beispiele erhielten, wobei sich in sieben Kommunen beide Engagementkontexte (Ausweitung und Übergang) finden. Diese Mehrfachnennungen weisen auf kommunale Rahmenbedingungen hin, die bürgerschaftlichem Engagement offensichtlich besonders förderlich sind. Neben den Kommunen spielen auch die Unterstützungsstrukturen und Förderaktivitäten auf Landesebene eine wichtige Rolle: So erhielten wir die meisten Fragebögen von Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (14 Kommunen, 24 Beispiele) und Baden-Württemberg (10 bzw. 21), die mit Landesprogrammen und dem Aufbau von Städtetzwerken das bürgerschaftliche Engagement schon seit Jahren gezielt fördern.

In welchen Bereichen engagieren sich ältere Menschen in der Kommune?

Die vorliegenden Beispiele zeigen ein breites Spektrum an Angeboten, die von Senior/innen übernommen oder geschaffen wurden. Deutlich wird auch, dass zahlreiche Initiativen bzw. Vereine auf mehreren Feldern tätig sind.

Bezüglich der beiden Engagementkontexte bestehen unterschiedliche Schwerpunkte: *Übergänge* konzentrieren sich auf kulturelle Angebote, Freizeit(-einrichtungen) sowie (Senioren-)Treffs und Zentren. Unter den vorliegenden Beispielen finden sich auch die „Klassiker“

wieder: zwei Freibäder und ein Hallenbad, drei Büchereien, zwei Museen und ein Archiv, die von Freiwilligen weitergeführt bzw. mitgetragen werden. Hinsichtlich der *Ausweitungen* der kommunalen Angebotspalette besteht eine breitere Streuung, neben den drei genannten Bereichen finden sich zahlreiche Aktivitäten in den Bereichen Nachbarschaftshilfe, Beratung und Information sowie Angebote für Kinder. Der Schwerpunkt liegt deutlich auf „Beratung und Hilfe“ (insgesamt 26 Angebote), die Senior/innen vor Ort eigenständig organisieren. Damit werden gerade Ausweitungen zu einem Ausgangspunkt für die Entwicklung innovativer, auf Hilfe zur Selbsthilfe beruhender Seniorenarbeit in den Kommunen. Etwas überspitzt könnte man formulieren: Senior/innen schaffen sich Angebote, die von ihnen selbst oder von anderen gebraucht werden, aber bisher fehlen. Und es liegt an der Kommune, diese Aktivitäten der älteren Bürger/innen zu unterstützen und damit ein bedarfsgerechtes Angebotsspektrum sicher zu stellen.

Wer initiiert bürgerschaftliches Engagement?

In den uns vorliegenden Beispielen spielen die Kommunen, die Bürger/innen sowie seniorenspezifische Einrichtungen die zentrale Rolle als Initiatoren. Aber auch hier gibt es Unterschiede zwischen den beiden Engagementkontexten:

- Die Initiative zum *Übergang* einer freiwilligen Leistung in die Selbstorganisation engagierter Bürger/innen geht in der Hälfte der Fälle von den Kommunen aus. Dies ist wenig überraschend, besteht doch seitens der Städte und Gemeinden ein besonderer Bedarf bzw. Handlungsdruck.
- Eine zentrale Rolle als Initiatoren spielen daneben Seniorenbüros und Seniorenvertretungen (32,1%). Und schließlich werden die (älteren) Bürger/-innen (28,6%) selbst aktiv und treffen damit nicht immer auf Begeisterung, sondern auch auf Skepsis und Ablehnung.

Geht es um die *Ausweitung* der kommunalen Angebotspalette, ergreifen vor allem die (älteren) Bürger/innen die Initiative:

- In etwa der Hälfte der Beispiele (47,6%) tragen sie durch ihr Engagement dazu bei, dass das kommunale Angebotsspektrum entsprechend den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen vor Ort ausgebaut wird.
- Die Kommune wird in einem Drittel der Fälle aktiv,
- daneben spielen bei diesem Engagementkontext Vereine und Träger (19,1%) eine etwas stärkere Rolle.

Die Beispiele unterstreichen das große Engagementpotenzial älterer Bürger/innen. Sie fordern Kommunen dazu auf, diese Initiativen zu stärken, die Ideen aufzugreifen und die Aktivitäten zu unterstützen, um damit das örtliche Angebotsspektrum aufrecht zu erhalten und auszuweiten.

Welche Gruppen sind an den Ausweitungen und Übergängen beteiligt?

Die *Übergänge* bewerkstelligen die Freiwilligen nur in wenigen Fällen alleine, meist haben sie einen, häufiger zwei und mehr Partner, die ihre Arbeit unterstützen oder mittragen. Dabei spielen zielgruppenspezifische Ansprechpartner wie Seniorenbüros, Seniorenbeiräte, seniorKompetenzteams und Freiwilligenagenturen eine herausragende Rolle. In den vorliegenden

Beispielen gab es darüber hinaus häufig Unterstützung von politischer Seite (Bürgermeister, Gemeinde-/Stadträte, Parteien), aber auch Vereine und Wohlfahrtsverbände treten als Partner in Erscheinung. Nur geringe Bedeutung kommt dagegen der Wirtschaft vor Ort zu, die lediglich in fünf Fällen das Engagement der Senior/innen fördert.

Ein etwas anderes Bild ergibt sich für die *Ausweitungen* der kommunalen Angebotspalette. Zum einen erhalten die Freiwilligen beim Aufbau der Angebote generell seltener Unterstützung, in gut einem Drittel der Beispiele werden keine weiteren Partner genannt. Zum anderen spielen hier Unternehmen als Förderer (17,5 %) sowie Stiftungen und private Spender (14,3 %) eine vergleichsweise große Rolle. Und schließlich werden in unseren Beispielen zielgruppenspezifische Ansprechpartner nur selten genannt, sie treten allerdings häufiger als Träger von Ausweitungen auf.

Die vorliegenden Beispiele machen deutlich, dass die Freiwilligen insbesondere bei den Übergängen mit zahlreichen Partnern zusammenarbeiten und dabei vielfältige Unterstützung erhalten. Dabei treten vor allem Organisationen des Dritten Sektors als Förderer auf, während die Wirtschaft seltener Partnerschaften eingeht. Einen trisektoralen Ansatz, wie er in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements allgemein angestrebt wird, findet man in den vorliegenden Beispielen also eher selten.

Welche kommunale Unterstützung erhalten die älteren Engagierten?

Kommunen treten als Initiatoren und als Partner der Freiwilligen auf, sie unterstützen deren Engagement bei Ausweitungen, vor allem aber bei Übergängen. Welche Unterstützung sie im Einzelnen gewähren und welche Unterschiede zwischen den beiden Engagementkontexten bestehen, dazu gibt die Tabelle 3 einen Überblick.

Deutlich wird, dass die Engagierten meist in vielfältiger Weise durch die Kommune unterstützt werden. Lediglich in sechs Beispielen erhielten sie keine Unterstützung seitens der Kommune, wobei hier meist ein Freier Träger beteiligt war. Auffällig ist, dass Übergänge im Vergleich zu Ausweitungen stärker durch die Kommunen gefördert werden. In beiden kommunalen Engagementkontexten stehen Sachmittel an erster Stelle, gefolgt von finanzieller und personeller Unterstützung. Übergangsprozesse werden zudem oftmals moderiert. Seltener sind dagegen Angebote zur Weiterbildung, Qualifizierung oder Schulung der Freiwilligen.

Offensichtlich ist bürgerschaftliches Engagement für Kommunen nicht zum „Nulltarif“ zu haben, sondern setzt Förderung und Unterstützung sowie den Aufbau entsprechender Strukturen voraus. Dazu zählen Fachstellen in der Verwaltung (Seniorenreferat, Leitstelle „Älter werden“ etc.) und feste Ansprechpartner/innen, die kontinuierlich mit den Engagierten zusammenarbeiten und bei Fragen und Problemen zur Verfügung stehen. In den vorliegenden Beispielen werden lediglich bei vier Übergängen und drei Ausweitungen keine Ansprechpartner/innen auf der kommunalen Verwaltungsebene benannt. Und abgesehen von zwei Ausnahmen wird von Kommunen mit mehreren Angeboten immer die gleiche Person als Ansprechpartner/in angegeben, dies weist auf klare Zuständigkeiten und Kontinuität in der Engagementförderung vor Ort hin. Eine wichtige Unterstützung stellen auch die Anerkennung und Wertschätzung der Engagierten und ihrer Leistung dar, die in ganz unterschiedlicher Form zum Ausdruck gebracht werden kann. Dennoch – so zeigen unsere Beispiele – stoßen gerade auch ältere Engagierte immer wieder auf Widerstand und erhalten (zunächst) keine Förderung seitens der Kommune. Dies erfordert von den Freiwilligen ein hohes Durchhaltevermögen.

Welche Effekte hat bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen?

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements lohnt sich – für die Kommune, aber auch für die Bürger/innen. Die uns vorliegenden Beispiele zeigen deutlich, dass insbesondere Übergänge freiwilliger kommunaler Leistungen in die Selbstorganisation mit vielfältigen positiven Effekten verbunden sind. Durch den Übergang erfuhren die meisten Angebote (67,9 %) eine Veränderung, die in der Regel in einer Ergänzung bestand: So werden etwa das Leistungsspektrum vergrößert, die Öffnungszeiten verlängert und das Angebot stärker am Bedarf und den Wünschen der Nutzer/innen ausgerichtet. Lediglich in drei Fällen führte der Übergang zu einer Einschränkung bzw. zu einer Straffung des Angebots.

Bereich	Übergänge (n=28)	Ausweitungen (n=63)
Sachmittel	22	46
Finanziell	19	25
Personell	16	29
Qualifizierung	13	14
Moderation des Übergangs	17	-
Andere Unterstützung	-	11
Ohne kommunale Unterstützung	1	5

Tabelle 3: Kommunale Unterstützung des Engagements (Mehrfachnennungen)

Die Ergänzung des Angebots, die mit dem Übergang in die Selbstorganisation engagierter (älterer) Bürger/innen verbunden ist, hat auch Auswirkungen auf die Nachfrage: Nach Einschätzung der Freiwilligen kommt es in keinem Fall zu einem Rückgang der Nutzung, in etwa der Hälfte der Fälle wächst der Zuspruch. In den übrigen Beispielen verändert sich die Nachfrage entweder nicht oder es sind keine Angaben möglich, weil die Freiwilligen keine Vergleichsdaten zur vorherigen Nutzung haben oder die Übergabe erst vor kurzem erfolgte. Der gewachsene Zuspruch kann auch damit zusammenhängen, dass aufgrund der vorgenommenen Ergänzungen neue Zielgruppen erreicht werden.

Diese positiven Effekte sind keine „Eintagsfliegen“, vielmehr gelingt es in vielen Fällen, das Engagement auf Dauer zu stellen. Als Indikator für die Nachhaltigkeit der Übergänge und Ausweitungen haben wir ihre Verstetigung, also den Beginn und die Fortdauer der Angebote herangezogen. Folgt man den vorliegenden Daten, so scheint es gerade in den vergangenen fünf Jahren zu einem Anstieg des bürgerschaftlichen Engagements gekommen zu sein. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass Kommunen eher aktuelle Beispiele als „alte Hüte“ an uns weitergegeben haben dürften. Insofern ist es bemerkenswert, dass nicht nur „brandneue“ Vorhaben als Beispiele genannt wurden, sondern z.B. im Bereich der Übergänge die Hälfte der genannten Beispiele vor dem Jahr 2000 begonnen wurde.

Angesichts der angespannten finanziellen Situation in vielen Kommunen sind auch die möglichen Einspareffekte von Interesse: In den vorliegenden Beispielen konnten in jeweils 17 Übergängen finanzielle oder personelle Einsparungen erzielt werden, darunter in 11 Fällen in beiden Bereichen. Schließlich besteht gerade bezüglich der Übergänge die Sorge, dass auf diesem Weg Arbeitsplätze abgebaut werden könnten. Die ausgewerteten Beispiele zeigen dagegen, dass bürgerschaftliches Engagement zur Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen kann. Denn auch

wenn viele Arbeiten von Freiwilligen erledigt werden, so sind doch Fachkräfte für bestimmte Aufgaben unentbehrlich. Entsprechend beschäftigen Vereine, Initiativen und Betreibergesellschaften hauptamtliche Mitarbeiter/innen und erhalten somit deren Arbeitsplätze. Gute Beispiele dafür liefern auch die Teilübergänge: Hier übernehmen engagierte Bürger/innen einen Teil der Aufgaben und sichern so das Fortbestehen der Einrichtung insgesamt.

Fazit

Seniorinnen und Senioren leisten schon heute Vieles in ihren Kommunen: Durch ihr Engagement tragen sie zur Aufrechterhaltung von Angeboten bei, die zuvor von Kommunen betrieben wurden. Darüber hinaus entwickeln ältere Bürger/innen neue, bedarfsgerechte Angebote und Dienstleistungen, die sie eigenständig umsetzen. Übergänge und Ausweitungen stellen dabei keine kurzfristigen Aktivitäten dar, sondern können auch über längere Zeiträume erfolgreich funktionieren. Von diesem Engagement älterer Menschen können Kommunen in besonderer Weise profitieren: Es führt zur Ausweitung der Angebotspalette und trägt nicht selten zur Verbesserung der zuvor kommunalen Leistungen bei. Ein lebendiges und attraktives Gemeindeleben sind die Folge, der Zusammenhalt wird gestärkt und auf diese Weise ein Grundstein für die „Bürgerkommune“ gelegt. Damit sich dieses Engagement aber entfaltet, bedarf es der gezielten Unterstützung von Freiwilligen durch die Kommunen. Dazu zählen neben finanziellen und Sachmitteln auch personelle Unterstützung sowie die Begleitung von Übergangsprozessen. Wenn es der Verwaltung und der Politik vor Ort gelingt, entsprechende Strukturen zu schaffen, dann sind die Voraussetzungen gut, die Potenziale des Alters zu bergen und den demografischen Wandel positiv zu bewältigen.

Literatur

- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2006): Wegweiser demographischer Wandel 2020. Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh.
- Bischoff, Stefan/Brauers, Silke (2006): SeniorTrainer – Das Erfahrungswissen älterer Menschen nutzen, in: Prager, Jens U./Schleiter, André (Hrsg.): Länger leben, arbeiten und sich engagieren. Chancen wertschaffender Beschäftigung bis ins Alter, Gütersloh, S. 151–164.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005a): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Bericht der Sachverständigenkommission, Berlin.
- BMFSFJ (2005b): Potenziale erschließen. Familienatlas 2005, Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, Opladen.
- Erlinghagen, Marcel/Hank, Karsten/Lemke, Anja/Stuck, Stephanie (2006): Produktives Potential jenseits der Erwerbsarbeit – Ehrenamtliches Engagement von Älteren in Deutschland und Europa, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Älter werden – aktiv bleiben: Beschäftigung in Wirtschaft und Gesellschaft, Gütersloh, S. 121–137.
- Evers, Adalbert und Thomas Olk (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen.
- Gensicke, Thomas/Sibylle Picot/Sabine Geiss (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004, Wiesbaden.

Dr. Renate Breithecker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V., Frankfurt am Main

*Kontakt:
renate.breithecker@iss-ffm.de
Tel. (069) 95 789157*

Aktuelle Beispiele für das Engagement Älterer in der Kommune

Peter Zeman

14

Der 5. Altenbericht hat die Potenziale des Alters einer breiteren Öffentlichkeit ins Bewusstsein gerufen. Bereits zuvor waren diese Potenziale jedoch von hohem fachlichem und altenpolitischem Interesse. So wurde im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“ für die konkrete Praxis bestätigt, was repräsentative Untersuchungen bislang eher abstrakt gezeigt hatten, dass nämlich unter den älteren Menschen eine hohe Bereitschaft zum Engagement besteht. Sichtbar wurde dabei jedoch auch, dass es nicht nur die Bereitschaft, sondern auch große Fähigkeiten vorhanden sind, sich wirkungsvoll zum Nutzen der Gesellschaft einzusetzen. Aufbauend auf ihrem Erfahrungswissen und einer gezielten Fortbildung, unterstützt durch kommunale Vermittlungsagenturen und koordiniert in selbstorganisierten Kompetenzteams entwickelten die sog. seniorTrainer und seniorTrainerinnen vier Verantwortungsrollen. Sie wurden tätig (1) als Berater und Unterstützer von Initiativen, Vereinen und Verbänden, (2) als Initiator von neuen Projekten, (3) als Vernetzer im Gemeinwesen und (4) als Teamkoordinator bzw. Moderator eines lokalen seniorKompetenz-Teams.

Seniortrainer wurden in 35 Kommunen aktiv. Sie gestalteten dort bürgerschaftliche Projekte im sozialen Bereich, in der Kinder- und Jugendarbeit, im Bereich der politischen Interessenvertretung und der Beratung, in den Feldern Kultur, Geselligkeit und Brauchtum, im Gesundheitsbereich, im Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie generationsübergreifende Aktivitäten. Im Folgenden werden aus unterschiedlichen Handlungsfeldern einige Projektbeispiele herausgegriffen:

1. *Besuchsdienst im Pflegeheim:* „Dem Pflegepersonal bleibt häufig nur wenig Zeit, sich um die sozialen Bedürfnisse der Heimbewohner zu kümmern. Manchmal besteht ein großer Mangel an menschlicher Nähe. Deshalb habe ich eine Gruppe aufgebaut, die sich dieser Aufgabe ehrenamtlich stellt.“

2. *Gesprächsrunde für Migrantinnen und deutsche Frauen:* „Mit meinem Projekt wollte ich Migrantinnen und gut deutsch sprechende Frauen durch Gespräche und gemeinsame Veranstaltungen zusammenbringen. Gewünschte Gesprächsthemen waren: Tagespolitik in Deutschland, gegenseitige Information über die jeweiligen (Heimat-) Länder, „große Deutsche“, Literatur. Am Ende des 20stündigen Kurses wurde eine Fortsetzung gewünscht.“

3. *Gemeinsam gegen Gewalt:* „Schüler, Lehrer, Trainer und Vereine sollen bei der Öffentlichkeitsarbeit zur Gewaltprävention im Sport unterstützt werden. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit aller Beteiligten mit einem guten Kommunikationsaustausch und gemeinsamen Zielsetzungen. Mediatoren sollen in die Unterrichtsstunden sowie als Problemlotsen im Training aktiv eingebunden werden. Es findet ein Ideenaustausch statt, gegenseitiges Verständnis aller Beteiligten wird geweckt.“

4. *Schwache Schüler stark machen:* „Einbindung von Eltern und Stadtteilbewohnern in schulische Aktivitäten; Ziel ist die Integration der Bürger in das schulische Leben und die Nutzung von deren Fähigkeiten. Angeboten werden soll eine Nachmittagsbetreuung von Schülern zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit, außerdem verschiedene Programme aus den Bereichen Kultur, Sport und Unterhaltung sowie Unterstützung der Lehrer bei ihrer Aufgabenerfüllung. Zielgruppe sind Schulkinder in einem besonderen soziokulturellen Umfeld, denen z.T. die häusliche Unterstützung nicht gegeben werden kann.“

5. *Stadtteil gemeinsam entwickeln:* „Projekt: Errichtung eines Beachvolleyballfeldes. Zielsetzung: Verbesserung der sozialen Wohnkultur, Maßnahme zur Identifizierung mit dem Wohnumfeld, Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeit von Jugendlichen, Akzeptanz, Mitgestaltung zur Eindämmung von Vandalismus. Wie: Gewinnung einer Schulklasse zur Projektarbeit, Gewinnung von Jugendlichen/Anwohnern außerhalb der Schule

zur Mitarbeit (Vorteil: Information des sozialen Umfeldes, Mitarbeit, Akzeptanz); Hinzuziehung der Wohnungsbaugesellschaften und von Vereinen (Vernetzung im Stadtteil). Bildung von Arbeitsgruppen: Einholung behördlicher Genehmigungen, Sicherstellung der Finanzierung, Handwerkliche Arbeiten, Teambesprechung und Berichte über die Arbeit der einzelnen Gruppen; Theorie über das Volleyballspiel, Findung eines Übungsleiters für Übungs- und Spielablauf.“

6. *Gründung eines Vereins zur Förderung der touristischen Entwicklung unter Beachtung von Naturschutzmaßnahmen:* „Ich war mit an der Gründung des Anrainerverbandes Uckerseen e.V. beteiligt, der die touristische Entwicklung der Region fördern will. Zu diesem Zwecke wurden bisher Fahrgastsschiffe angeschafft sowie Anlegestellen, Kanalbrücken, Wanderwege, Straßen und Radwege erbaut. Um die Ordnung und Sicherheit, auf dem Wasser und in der Uferzone, und die Einhaltung des Naturschutzes zu garantieren, ging unser Verein eine Sicherheitspatenschaft mit der Wasserschutzpolizei ein.“

Einen noch ausdrücklichen Bezug zur Übernahme, Mitgestaltung und Ausweitung öffentlicher Angebote und Einrichtungen in ihren Kommunen zeigen Beispiele guter Praxis, aus dem Modellprojekt „Selbstorganisation älterer Menschen“ (s.o.). Im Folgenden wird eine kleine Auswahl im jeweiligen kommunalen Bezug präsentiert:

1. *Initiative „Bürger für Bürger“:* Die Initiative entstand 2000 im Zuge eines Stadtmarketingprozesses in Biberach, einer Kleinstadt mit gut 30.000 Einwohnern im Süden Baden-Württembergs. Neben älteren Bürger war vor allem der Oberbürgermeister an der Gründung dieser Initiative beteiligt, er übernahm auch die Schirmherrschaft. „Bürger für Bürger“ entwickelte ein vielfältiges Angebot: Dazu zählen u.a. Hilfsangebote bei kleineren Reparaturen und technischen Problemen im Haushalt, Beratung in Steuer-, Versicherungs- und Rentenfragen, bei Fragen im Umgang mit dem Computer

sowie Begleitung zum Arzt. Die Initiative hat zudem eine Datenbank zu Einrichtungen und Aktivitäten für Senioren in Biberach aufgebaut und informiert regelmäßig über aktuelle Angebote. Einen Schwerpunkt der Arbeit macht die Unterstützung von Veranstaltungen und kommunalen Einrichtungen aus. Die Mitglieder helfen bspw. im Museum und sie betreiben im Sommer das Wieland-Café im Wieland-Gartenhaus. Die Vorarbeiten nahmen einen Zeitraum von ca. vier Monaten in Anspruch und umfassten die Planung, Abstimmung und Konzepterstellung. Daran beteiligt waren neben Mitgliedern der Initiative der Oberbürgermeister sowie die Verwaltung der Stadt Biberach. Zwischen Stadt und Initiative wurden Absprachen getroffen und eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. In der Initiative „Bürger für Bürger“ sind 30 überwiegend ältere Menschen aktiv. Sie wird von einem Organisationsteam geleitet. Die jeweiligen Angebote entwickeln und gestalten verschiedene Arbeitskreise. In der Begegnungsstätte „Ochsenhauser Hof“ hat die Initiative hat ein eigenes Büro mit festen Sprechstunden. Zu Beginn gewährte die Kommune einmalig eine finanzielle Unterstützung, sie stellt Sachmittel und Räume zur Verfügung und hilft bei organisatorischen Dingen. Für Aktivitäten im Bereich bürgerschaftliches Engagement gibt es eine Ansprechpartnerin in der Verwaltung.

2. Alt hilft Jung – Jung hilft Alt: In der Gemeinde Dautphetal (12.000 Einwohner) haben sich in den vergangenen Jahren mehrere Angebote entwickelt, die ältere Menschen für Kinder und Jugendliche bereitstellen, wobei sie ihrerseits Unterstützung erfahren. Im einzelnen zählen dazu die Qualifizierung der schulischen Angebote durch Senior, eine gemeinsame Schachgruppe sowie soziale Dienstleistungen seitens der Schüler für ältere Menschen. Zielsetzung der die Generationen verbindenden Angebote ist es, gemeinsam zu lernen und von den besonderen Kompetenzen und Fähigkeiten der anderen Generation zu profitieren. Die Projekte entstanden auf Initiative des Seniorenrats der Gemeinde und in Kooperation

mit der Dautphetalschule. Die Gemeinde unterstützt die Aktivitäten sowohl finanziell als auch durch Räume und Sachmittel. Daneben wurde das Engagement durch Spenden seitens des Ministerpräsidenten und der Kultusministerin des Landes Hessen unterstützt sowie mit dem Bürgerpreis der Sparkasse ausgezeichnet.

3. Seniorentreff Glauchau: In Glauchau wurde 1991 durch den Stadtrat die Schließung einer Seniorenbegegnungsstätte beschlossen. In der Folge suchte die Kommune aktiv nach einer Möglichkeit, diesen Treff aufrecht zu erhalten und in Eigenregie durch Senioren weiterzuführen. In recht kurzer Zeit konnte eine Gruppe älterer Engagierter gefunden werden, die einen eigenständigen Verein gründete. Die Vorbereitung des Übergangs erfolgte in Zusammenarbeit von Kommune und Senioren, dazu zählten notwendige Vertragsänderungen (Mietvertrag ging auf den Verein über), Beschlüsse von Ausschuss und Stadtrat zur Überlassung des Inventars und zur weiteren Förderung des Treffs sowie die Erarbeitung einer Konzeption. Die Vorbereitungszeit betrug zwölf Monate. Vor dem Übergang des Seniorentreffs in die Selbstorganisation wurden die Freiwilligen finanziell und personell durch die Kommune unterstützt, im Anschluss an den Übergang erhielten sie weiterhin personelle Unterstützung sowie Sachmittel und Räume. Der Verein „Seniorenclub Glauchau e.V.“ hat aktuell 106 Mitglieder (ausschließlich ältere Menschen), davon sind ca. 80 % im Seniorentreff aktiv. Als Partner unterstützen Politik und Unternehmen den Club. Das kommunale Engagement erklärt sich aus der recht hohen Zahl älterer Menschen in Glauchau: Bedingt durch den Strukturwandel nach der Wende und die damit verbundene hohe Abwanderung junger Menschen liegt der Anteil der über 60-jährigen Einwohner bei 31 %. Zugleich ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch und betrug im September 2005 knapp 17 %, dies schränkt die kommunalen Handlungsspielräume deutlich ein. Die Förderung des freiwilligen Engagements älterer Menschen lohnt sich für Glauchau daher in zweifacher Hinsicht: Es führte

einerseits zu finanziellen Einsparungen im kommunalen Haushalt, andererseits war – über die Fortführung des Treffs hinaus – der Übergang in die Selbstorganisation auch mit einer Erweiterung des Angebots und längeren Öffnungszeiten verbunden. Er bietet mittlerweile neben einer Begegnungsstätte u.a. auch Sportangebote, ein Erzählcafé, Spielenachmittage und Ausfahrten/ Ausflüge an. Wohl auch aus diesen Gründen unterstützt die Kommune das Engagement nach dem Übergang weiter und stellte z.B. unentgeltlich Räume zur Verfügung, als der Mietvertrag gekündigt wurde. Positiv wirkt sich in diesem Zusammenhang auch aus, dass es in der Verwaltung eine feste Ansprechpartnerin gibt.

4. Schulbusbegleitung: Unter dem Namen „Senioren aktiv“ sorgen Senioren in Gütersloh für ein freundlicheres Klima in Schulbussen. Auf Initiative des städtischen Seniorenbeirats startete das Projekt 1998, nachdem zuvor häufiger über aggressives Verhalten und Vandalismus in Schulbussen berichtet worden war. Das Vorhaben wird von der Stadt finanziell, personell und fachlich unterstützt, zudem erhalten die älteren Engagierten eine Schulung und selbstverständlich kostenlos Fahr-scheine. Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche Kooperationspartner u.a. fünf Schulen, das Schulamt des Kreises, die Stadtwerke Gütersloh, die Kreispolizeibehörde sowie der Gemeindeunfallversicherungsverband (GUV) Westfalen-Lippe. Als Sponsor unterstützte die Renate-Gehring-Stiftung die Aktion. Mit dem Projekt wurden insgesamt sehr positive Erfahrungen gemacht. Probleme bereitet hin und wieder die Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Freiwilligen. Durch regelmäßige Werbung in den örtlichen Tageszeitungen können aber immer wieder neue Senioren zum Mitmachen motiviert werden. Träger des Projekts ist der Seniorenbeirat der Stadt Gütersloh, in der knapp 100.000 Menschen leben.

5. *Das Freibad in Bad Blankenburg:* Im thüringischen Bad Blankenburg beschloss der Stadtrat die Schließung des Freibades. Viele Bürger waren jedoch sehr daran interessiert, das Angebot aufrecht zu erhalten. Insbesondere ältere Menschen, die ihre Freizeit gerne in der näheren Umgebung verbringen, engagierten sich für den Erhalt und gründeten den „Verein zur Förderung des Sports, der Jugend- und Altenhilfe und des öffentlichen Gesundheitswesens durch Erhaltung des Freibades Bad Blankenburg/Thüringer Wald e.V.“ Die Initiative ging von einer ortsansässigen Ärztin aus. Politik und Verwaltung waren vom Engagement der Bürger dagegen zunächst wenig begeistert, so dass der Verein andere Unterstützung aktivieren musste. Dies gelang offensichtlich in hohem Maße:

Der Verein hat nicht nur Rückhalt in der Bevölkerung und bei Kurgästen, sondern auch Schulen und Kindergärten sowie andere Vereine waren am Erhalt des Freibades interessiert und bereit zu engagieren. Neben privaten Spendern und Vereinsmitgliedern konnte ein Sponsornetz mit Förderern aus der Wirtschaft aufgebaut werden. Dagegen erhielt – und erhält – der Verein keine finanzielle Förderung durch die Stadt, mit der der Verein eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen hat. Der Bauhof half lediglich bei der Instandsetzung, wobei die Überalterung der Anlage Großreparaturen erforderlich machte. Insgesamt vergingen zwischen Vereinsgründung und Wiedereröffnung des Freibades sieben Monate. Die erste selbstorganisierte Badesaison war 2002. Die notwendigen Vorbereitungsarbeiten wie auch der laufende Betrieb werden fast ausnahmslos von Vereinsmitgliedern auf freiwilliger Basis geleistet, lediglich der Bademeister ist hauptamtlich beim Verein angestellt. Unter den 47 Aktiven des Vereins dominieren ältere Menschen. Dies spiegelt auch die Altersstruktur von Bad Blankenburg wider: Hier machen über 60-Jährige bereits jetzt knapp ein Drittel der Bevölkerung aus. Die Stadt konnte sowohl finanzielle als auch personelle Einsparungen erzielen, zumal der laufende Betrieb nicht bezuschusst wird. Für die Bevölkerung erbrachte der Wech-

sel ebenfalls Vorteile: Das Angebot wurde deutlich erweitert und umfasst nun z.B. Badefeste, Benefizkonzerte, Zeltlager und einen täglichen Treffpunkt für Senioren. Dies führte zu einer Zunahme der Besucherzahlen. Das Beispiel Bad Blankenburg zeigt, dass bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen auch bei anfänglicher Skepsis von Politik und Verwaltung einiges bewegen kann. Im Ergebnis führt es zu einem lebendigen Gemeindeleben und bereichert das Angebot für ältere und jüngere Menschen, aber auch für Kurgäste. Der Widerstand bzw. die fehlende Unterstützung wie auch die Tatsache, dass der Verein drei Jahre um die Anerkennung der Gemeinnützigkeit kämpfte, machen deutlich, dass hier ein hohes (persönliches) Engagement und großes Durchhaltevermögen gefragt waren.

6. *Stadtbücherei Burscheid:* Dass bürgerschaftliches Engagement keine Eintagsfliege ist, sondern durchaus über einen längeren Zeitraum aufrecht erhalten bleibt, zeigt u.a. das Beispiel der Stadtbücherei Burscheid, in der bereits seit 1989 Aufgaben von Freiwilligen übernommen werden. Vor dem Hintergrund drohender Einsparungen aufgrund der angespannten finanziellen Situation ergriff eine Bürgerin die Initiative: Als Leserin und damit Nutzerin der städtischen Bibliothek befürchtete sie Einschränkungen des Angebots. Mit der Gründung des „Fördervereins Stadtbücherei Burscheid e.V.“ war der Weg für eine gezielte Unterstützung frei. In weniger als einem halben Jahr bereitete die Initiatorin gemeinsam mit der Leiterin der Stadtbücherei den Übergang vor, andere Akteure waren daran nicht beteiligt. Eine schriftliche Vereinbarung gibt es nicht, Basis des Engagements bildet die Vereinssatzung. Mitglieder des Vereins haben im Laufe der Jahre folgende Aufgaben übernommen: Zeitschriften und Magazine, Beteiligung an der Anschaffung von Hörbüchern und Büchern mit großer Schrift, Autorenlesungen und literarische Veranstaltungen sowie Vorlesen für ältere Menschen. Diese Angebote werden überwiegend oder ausschließlich von älteren Menschen genutzt. Bisher sind zwischen Verein und

Bücherei keine Probleme aufgetreten, vielmehr gibt es eine gute Zusammenarbeit, die sich gerade bei gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen zeigt. Für die Stadt lohnt sich das bürgerschaftliche Engagement, sie kann insbesondere finanzielle Einsparungen erzielen. Zugleich wurde das Angebot erweitert und erfährt in der Folge einen stärkeren Zuspruch. Diese positiven Erfahrungen haben sicher dazu beigetragen, dass in Burscheid aktuell der Übergang von Aufgaben des historischen Archivs an ältere Freiwillige vorbereitet wird.

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Gestaltung der Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung

Mit seinen im Herbst 2006 verabschiedeten Empfehlungen will der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge einen offensiven und konstruktiven Umgang mit der veränderten Altersstruktur der Bevölkerung fördern. Politik für ältere Menschen müsse mehr sein als kommunale Altenpolitik und fach- und ressortübergreifend die Lebensbedingungen und die Infrastruktur in den Kommunen so gestalten, dass Menschen so lange wie möglich ein selbstständiges und selbstbestimmtes Leben führen können. So wird z.B. empfohlen, dass die Kommune für ihre Bewohner/innen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf zu einem Lotsen durch die Leistungssysteme wird. Aber auch das Miteinander der Generationen müsse gefördert werden.

Unter anderem betonen die Empfehlungen die aktive Beteiligung der älteren Menschen an der Gestaltung ihrer unmittelbaren Lebensprozesse und die Bedeutung einer modernen offenen Altenarbeit. Die Nutzung der Kompetenzen des Alters werden im Zusammenhang mit Erwerbsbeteiligung und lokalen Beschäftigungsprojekten thematisiert, nicht jedoch auf den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements bezogen. Allerdings widmet sich ein eigener Abschnitt der Stärkung des Ehrenamts, wobei zwischen Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement nicht differenziert wird. Hier werden durchaus Erkenntnisse und Postulate, die der Fachdiskussion zum bürgerschaftlichen Engagement entstammen, vertreten. Hervorgehoben werden z.B. die ergänzende Funktion freiwilligen Engagements, der mit dem Engagement verbundene Gewinn für sich selbst und für andere und die Erkenntnis, dass ältere Menschen

gleichermaßen Akteure wie Empfänger von Engagement sein können. Hingewiesen wird auch auf die Notwendigkeit einer öffentlichen Förderung des Engagements, auf die erforderliche Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen und die Entwicklung einer gezielten Anerkennungskultur und Öffentlichkeitsarbeit.

Kontakt:
Diana Scheunert, Referentin der Geschäftsführung
Tel. (030) 62980-614
presse@deutscher-verein.de
www.deutscher-verein.de

Leitstelle Altenpflege

Im Januar 2007 hat die ‚Leitstelle Altenpflege‘ ihre Arbeit am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) aufgenommen. Sie soll das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dabei unterstützen, die zentralen Ergebnisse und Perspektiven des ‚Runden Tisch Pflege‘ bundesweit voranzubringen. Am ‚Runden Tisch Pflege‘ (2003–2005), einer gemeinsamen Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS), nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Verbänden, aus Ländern und Kommunen, Praxis und Wissenschaft teil, um Zielperspektiven und Strategien zu entwickeln, die die Lebenssituation hilfe- und pflegebedürftiger Menschen in Deutschland verbessern. Nun ist es die Aufgabe, Detailfragen und -lösungen im Hinblick auf Umsetzungsmöglichkeiten zu erarbeiten, einzuleiten und wissenschaftlich zu begleiten. Dies soll weiterhin in Zusammenarbeit mit Vertretern und Vertreterinnen aus Theorie und Praxis und den Betroffenen geschehen. Die Leitstelle Altenpflege wird im Laufe der nächsten drei Jahre bundesweite und regionale Veranstaltungen und Workshops organisieren, zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit betreiben sowie transferorientierte Forschungs- und Modellprojekte und Expertisen vorbereiten, entwickeln und begleiten.

Die Arbeitsschwerpunkte werden (1) die Verbreitung und Umsetzung der ‚Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen‘ (2) die Begleitung einer Kampagne zur offensiven Propagierung des Berufsfelds Altenpflege und (3) Vernetzungsstrukturen für die Altenpflege sein.

Die ‚Charta‘ spielt bereits in der pflegefachlichen Diskussion eine nicht zu unterschätzende Rolle, aber sie soll noch stärker verbreitet und rezipiert werden. Darüber hinaus sollen Umsetzungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie die Charta in Einrichtungen der ambulanten und stationären Altenpflege eingesetzt werden kann.

Eine fachgerechte und menschenwürdige Pflege kann in Zukunft, besonders im Hinblick der sich abzeichnenden demografische Entwicklungen, nur gewährleistet werden, wenn genügend qualifiziertes Personal im Bereich der Altenhilfe und -pflege zur Verfügung steht. Dies kann nur geschehen, wenn der Berufseinstieg, -umstieg und -neueinstieg optimiert, die Ausbildung professionalisiert und das Image des Altenpflegeberufes verbessert wird.

Ein weiteres politisches Ziel ist die Vernetzung von Leistungen und Angeboten im Bereich der Betreuung, Pflege und Rehabilitation für alte Menschen. Es soll gezeigt werden, dass innerhalb derzeit gegebener Rahmenbedingungen Vernetzungsstrukturen in der Altenhilfe bestehen und effizient arbeiten können. Andererseits soll auch ein Konzept erstellt werden, in dem dargelegt wird, welche Aufgaben Case Management und Care Management übernehmen können, um Effizienz und Versorgungsqualität im Bereich der Altenpflege zu verbessern.

Kontakt:
Daniela Sulman, Anna Hokema
Tel. (030) 26074090
leitstelle-altenpflege@dza.de

Im Focus: Daseinsvorsorge in der Kommune und bürgerschaftliches Engagement Älterer in Deutschland

Die Bibliographie basiert auf einer Recherche in GeroLit, der Literaturdatenbank des DZA

Beate Schwichtenberg-Hilmert

18

- Aeschbach, Susanne: Freiwilligenarbeit in Alters- und Pflegeheimen. Eine qualitative Untersuchung zur Bewertung von Freiwilligenarbeit in Alters- und Pflegeheimen. Bern: Edition Soziothek; Zugl., Freiburg, Univ., Dipl.-Arb. 2003. 104 S., Anh.
- Alfred Toepfer Stiftung: Ehrenamt und Bürgergesellschaft in den neuen Bundesländern. Wurzeln und Entwicklung. Hamburg: Christians Verl. 2001. 95 S.
- Aner, Kirsten: Das freiwillige Engagement älterer Menschen. Ambivalenzen einer gesellschaftlichen Debatte. in: Karl, Fred; Aner, Kirsten: Die „neuen Alten“ – revisited. Kassel: Kassel university pr. 2002, S. 39–102
- Appel, Doris; Horstmann, Renate: Wege einer konstruktiven Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 96–112
- Baden-Württemberg, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung; Initiative 3. Lebensalter: Das Handbuch der Initiative 3. Lebensalter. Abschlußbericht des Wissenschaftlichen Arbeitskreises der Initiative 3. Lebensalter. Stuttgart: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung 1996. 215 S.
- Baier, Heike; Frank-Mantowski, Gabi; Wittrock, Wolfgang; Rheinland-Pfalz, Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit: Erfahrungswissen multiplizieren – neue Verantwortung übernehmen. Vier Jahre SeniorTrainerInnen und SeniorTrainer in Rheinland-Pfalz. Mainz: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit 2006. 31 S.
- Bertelsmann Stiftung; Bundesministerium des Innern: Erfolgreiche Integration ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik. Gütersloh: Verl. Bertelsmann Stiftung 2005. 112 S.
- Bickeböller, Helga: Selbsthilfeförderung am Beispiel der Stadt Münster. in: Braun, Joachim; Kettler, Ulrich; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Selbsthilfe 2000. Leipzig, Köln: ISAB Verl. 1996, S. 106–110
- Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Dokumentation von Fortbildungsveranstaltungen für Haupt- und Ehrenamtliche in der Seniorenarbeit. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999. 170 S.
- Brauer, Kai: Bowling together. Clan, Clique, Community und die Strukturprinzipien des Sozialkapitals. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwissenschaften; Zugl. Berlin, Freie Univ., Diss, 2005. 339 S.
- Brauers, Silke; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Potenziale älterer Menschen nutzen – Weiterbildung für das Engagement als „seniorTrainer/in“. BAGSO-Nachrichten, 14(2005)1, S. 12–14
- Braun, Hans: Hilfeleistungen in Familie und Nachbarschaft als Ansatzpunkte sozialer Kommunalpolitik. Eine explorative Studie. Melle: Kloth 1983. IV, 144 S..
- Braun, Joachim: Engagementsunterstützende Infrastruktur in Kommunen: eine Priorität bei der Strategie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. in: Olk, Thomas; Stiftung Bürger für Bürger, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Berlin: Stiftung Bürger für Bürger 2003, S. 45–80
- Braun, Joachim: Forum 3: Institutionalisierungswege für Seniorenbüros. in: Braun, Joachim; Becker, Ingo; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Engagementförderung als neuer Weg der kommunalen Altenpolitik. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 1998, S. 111–116
- Braun, Joachim; Abt, Hans Günter; Bischoff, Stefan: Leitfaden für Kommunen zur Information und Beratung über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe. Köln, Leipzig: ISAB-Verl. 2000. 64 S.
- Braun, Joachim; Becker, Ingo; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Engagementförderung als neuer Weg der kommunalen Altenpolitik. Dokumentation der Fachtagung vom 22. September bis 23. September 1997 in Bonn. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 1998. 200 S.
- Braun, Joachim; Bischoff, Stefan; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen – Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit. Stuttgart: Kohlhammer 1999. 244 S.
- Braun, Joachim; Bischoff, Stefan: Engagementförderung durch Seniorenbüros. Ein neuer Weg der Altenarbeit in Kommunen. der Städtetag, 50(1997)10, S. 670–673
- Braun, Joachim; Burmeister, Joachim; Engels, Dietrich; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: SeniorTrainerin: Neue Verantwortungsrolle und Engagement in Kommunen. Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“. Bericht zur ersten Programmphase. Leipzig: Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung 2004. 249 S.
- Braun, Joachim; Emons, Gisela; Institut für Soziale Infrastruktur: Seniorenbüro: Beispiel für eine neue Altenarbeit in der Kommune. Nutzen-Einrichtung-Finanzierung. Stuttgart, Marburg, Erfurt: Wiehl 2000. 49 S.
- Braun, Joachim; Kettler, Ulrich; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Selbsthilfe 2000. Perspektiven der Selbsthilfe und ihrer infrastrukturellen Förderung in den alten und neuen Bundesländern. Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 11./12. Dezember 1996 in Suhl. Leipzig, Köln: ISAB Verl. 1996. 266 S.
- Braun, Joachim; Klemmert, Oskar; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB: Selbsthilfeförderung und bürgerschaftliches Engagement in Städten und Kreisen. Fachtagung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 16./17. Februar 1998 in Bonn. Köln, Leipzig: ISAB Verl. 1998. 244 S.
- Braun, Joachim; Kubisch, Sonja; Zeman, Peter; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfahrungswissen und Verantwortung. Zur Rolle von seniorTrainerinnen in ausgewählten Engagementbereichen. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005. 225 S.
- Braun, Joachim; Opielka, Michael; Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie und Senioren: Selbsthilfeförderung durch Selbsthilfekontaktstellen. Abschlußbericht der Begleitforschung zum Modellprogramm „Informations- und Unterstützungsstellen für Selbsthilfegruppen“. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 1992. XIV, 246 S.
- Brosch, Armin; Chung, Sun-Hee; Baden-Württemberg/Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung: Seniorengenossenschaften als Beispiel bürgerschaftlichen Engagements. Eine Dokumentation. Stuttgart: Ministerium für Arbeit, Gesundheit u. Sozialordnung 1994. 300 S.
- Bubolz-Lutz, Elisabeth; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Bürgerengagement im Bereich „Hilfe und Pflege“ – wissenschaftlicher Erkenntnisstand und Praxisansätze. in: Braun, Joachim; Kubisch, Sonja; Zeman, Peter; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005, S. 116–144
- Das Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ bietet neue Aktivitätsmöglichkeiten für Ältere. BAGSO-Nachrichten, 11(2002)3, S. H1–4
- Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI) gestartet. BAGSO-Nachrichten, (2002)2, S. 24–30

- Burmeister, Joachim: Ältere Menschen als „seniorTrainerInnen“: Das Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI). in: Schroeter, Klaus R.; Zängl, Peter: Altern und bürgerschaftliches Engagement. Wiesbaden: VS Verl. f. Sozialwiss. 2006, S. 245–259
- Burmeister, Joachim; Heller, Anne; Stehr, Ilona; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als seniorTrainer/in. Ein Kurskonzept für lokale Netzwerke. Köln: Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung 2005. 208 S.; CD-ROM
- Caritasverband der Erzdiözese München und Freising; Innere Mission München: Sozialstation 2000. Zur Zukunft der Pflege. München: Minerva-Publ. 1992. 184 S.
- Deutscher Bundestag; Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Opladen: Leske u. Budrich 2003. 358 S.
- Dietrich, Hartmut; Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit: Menschenwürde – Markt und Management. Diakonische Altenarbeit im Wandel. Stuttgart: Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit 1997. 262 S.
- Emrich, Ulrike; Brugger, Eva Maria; Eichler, Horst; Gruber, Gernot u.a.: Meyers Neuer Weltatlas. Mit Länderlexikon und Kontinentporträts. Mannheim: Meyers Lexikonverl. 2005. 328 S., Anh. 93 S.
- Engelhardt, Hans Dietrich: Zur Bedeutung der Selbsthilfe. in: Braun, Joachim; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Selbsthilfe 2000. Leipzig, Köln: ISAB Verl. 1996, S. 132–138
- Engelhardt, Hans Dietrich; Simeth, Angelika; Stark, Wolfgang: Was Selbsthilfe leistet. Ökonomische Wirkungen und sozialpolitische Bewertung. Freiburg i. Br.: Lambertus 1995. 226 S.
- Evers, Adalbert; Wohlfahrt, Norbert; Riedel, Birgit; Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung: Bürgerschaftliches Engagement in Nordrhein-Westfalen. Eine explorative Studie in den Handlungsfeldern Sport, Kultur, Stadtentwicklung und Soziale Dienste. Dortmund: Institut f. Landes- und Stadtentwicklungsforschung 2000. 83 S.
- Felscher, Heike; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Seniorenbüros stellen sich vor. Portraits der Mitglieder der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. Stuttgart, Marburg, Erfurt: Verl. Peter Wiehl 1999. 121 S.
- Frenz, Ursula: Die „Initiative Drittes Lebensalter“ als kommunales und europäisches Modellprojekt. in: Hummel, Konrad: Bürgerengagement. Freiburg i. Br.: Lambertus 1995, S. 136–155
- Geo: Deutschlands Zukunft. Wie werden wir leben? Wo werden wir leben? Welche Aussichten hat unsere Gesellschaft. Hamburg: Gruner + Jahr 2004. 202 S.; 31 S. Beilage
- Görge, Thomas; Kreuzer, Arthur; Nägele, Barbara; Kotlenga, Sandra; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Gießen, Justus-Liebig-Universität: Erkundung des Bedarfs für ein bundeseinheitlich erreichbares telefonisches Beratungsangebot für ältere Menschen. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002. 206 S.
- Haarhaus, Friedrich: Beobachtungen und Erfahrungen als kirchlicher Beauftragter für Seniorenarbeit. Deutsche Krankenpflege-Zeitschrift, 46(1993)10, S. 697–701
- Helmbrecht, Michael; Kricheldorf, Cornelia: Aufgaben, Ziele und Methoden in der Seniorenbüro-Arbeit. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 11–32
- Helmbrecht, Michael; Kricheldorf, Cornelia: Einladung zum Engagement. Wege der Aktivierung älterer Menschen. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 33–52
- Helmbrecht, Michael; Kricheldorf, Cornelia: Wirksam informieren und werben. Öffentlichkeitsarbeit für Seniorenbüros. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 150–168
- Hermann, Michael C.; Pitschas, Rainer: Jugendliche und Senioren in den Kommunen. Aktivbürgerschaft, Repräsentation, Partizipationsillusion? Stuttgart, München, Hannover, Berlin: Boorberg 1998. 72 S.
- Jacob, Gisela: Infrastruktureinrichtungen zur lokalen Engagementförderung. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 36(2005)4, S. 76–86
- Kade, Sylvia; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: „In die Netze!“ – Altersengagement im Neuen Medium. in: Braun, Joachim; Kubisch, Sonja; Zeman, Peter; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005, S. 176–219
- Karl, Fred; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Generationenübergreifende Arbeit – Schwerpunkt Schule/Kindergarten. in: Braun, Joachim; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005, S. 27–75
- Keupp, Heiner: Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, (2002)B9, S. 15–21
- Klages, Helmut: Die Engagementförderung mit höherer Priorität auf die kommunale Agenda setzen! in: Olk, Thomas; Stiftung Bürger für Bürger, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland: Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Berlin: Stiftung Bürger für Bürger 2003, S. 168–174
- Klein, Christian C.; Prehn, Ursula: Gestaltung neuer Beziehungsmuster zwischen kirchlich-diakonischen und kommunalen Strukturen in der Pflege. in: Dietrich, Hartmut; Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit: Menschenwürde – Markt und Management. Stuttgart: Deutscher Evangelischer Verband für Altenarbeit 1997, S. 107–110
- Klie, Thomas; Roß, Paul-Stefan: Die Zukunft des Sozialen in der Stadt. Bürgerschaftliches Engagement als Herausforderung. Freiburg: Kontaktstelle für praxisorientierte Forschung 2000. 254 S.
- Kluge, Ulrich; Müller, Vera: Aufbau von Projektgruppen. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 74–95
- Knopf, Detlef: Erfahrungswissen nutzen – ein innovativer Bildungsansatz. BAGSO-Nachrichten, 12(2003)2, S. 19–22
- Krampnitz, Ria: Gezielte Engagementberatung durch Seniorenbüros. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 53–73
- Ludger, Hausfeld: Die Bedeutung und Einflussmöglichkeit von Seniorenbeiräten auf die Gestaltung kommunaler Altenpolitik. Vechta: Hochschule, Inst. f. interdisziplinäre Gerontologie 2003. 80 S.
- Maelicke, Bernd: Qualitätsmanagement in sozialen Betrieben und Unternehmen. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. 1996. 150 S.

- Martin, Josef: Seniorengenossenschaften Riedlingen. in: Bergold, Ralph; Knopf, Detlef; Mörchen, Annette; Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung: Altersbildung an der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Würzburg: Echter 1999, S. 45–48
- Nickel, Jürgen: Seniorenbüro Bad Ems. Aufbau von Engagementsstrukturen im ländlichen Raum. BAGSO-Nachrichten, (1997)4, S. 11–14
- Niedrig, Heinz; Wagner, Doris: Kann ehrenamtliche Mitarbeit Kommunalpolitik sanieren. Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 33(1982)6, S. 219–221
- Notz, Gisela; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: seniorTrainerinnen im Bereich von Kultur und Soziokultur. in: Braun, Joachim; Kubisch, Sonja; Zeman, Peter; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005, S. 145–175
- Opitz, Daniela: Mit Krisen und Konflikten umgehen. in: Böge, Sybille; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Ansätze und Methoden der Engagementförderung im Dritten Lebensalter. Stuttgart, Erfurt, Marburg: Verl. Peter Wiehl 1999, S. 113–132
- Pitschas, Rainer: Kommunalrecht und politische Aktivbürgerschaft von Senioren. Grundprobleme der Seniorenrepräsentation in der kommunalen Selbstverwaltung. in: Hermann, Michael C.; Pitschas, Rainer: Jugendliche und Senioren in den Kommunen. Stuttgart, München, Hannover, Berlin: Boorberg 1998, S. 11–35
- Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Enquête-Kommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“: Situation und Zukunft der Pflege in NRW. Bericht der Enquête-Kommission des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf: Hrsg. 2005. 589 S.
- Rahmann, Ute: Freiwilliges Soziales Engagement im Wandel. Möglichkeiten und Grenzen der Förderung auf kommunaler Ebene. Aachen: Shaker Verl.; zugl. Konstanz, Univ., Diss., 1998 1999. 131 S.
- Ravensburg, Nicole Göler von: Herausforderungen der lokalen Ökonomie für die professionelle Soziale Arbeit. Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 33(2002)3, S. 28–48
- Reggentin, Heike; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Seniorenvertretungen. Verantwortung für das Gemeinwesen. Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer 1997. 291 S.
- Rosenmayr, Leopold: SeniortrainerIn. Erfahrungswissen und die gesellschaftliche Stellung älterer Menschen. BAGSO-Nachrichten, 11(2002)4, S. H1–4
- Roß, Paul-Stefan: Die Arbeit muß unten getan werden. Caritas, 96(1995)5, S. 206–215
- Roß, Paul-Stefan; Klie, Thomas: Mehr Demokratie wagen. Bürgerschaftliches Engagement und Soziale Kommunalpolitik. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 82(2002)4, S. 119–126
- Roß, Paul-Stefan; Wappelshammer, Elisabeth: Kommunale Teilhabe und Bildung. Erfahrungen aus der Förderung Bürgerschaftlichen Engagements und aus partizipativen Planungsprozessen. in: Schmidt, Roland; Entzian, Hildegard; Giercke, Klaus-Ingo; Klie, Thomas: Die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen in der Kommune. Frankfurt/M.: Mabuse-Verl. 1999, S. 289–300
- Schaumburg, Renate: Bürgerschaftliches Engagement verändert die kommunale Altenarbeit. Bürgerinnen und Bürger erwarten Vertrauen für ihren Einsatz im Gemeinwesen. Blätter der Wohlfahrtspflege, 149(2002)6, S. 233–234
- Scherger, Simone; Brauner, Kai; Künemund, Harald: Partizipation und Engagement älterer Menschen – Elemente der Lebensführung im Stadt-Land-Vergleich. in: Backes, Gertrud M.; Clemens, Wolfgang; Künemund, Harald: Lebensformen und Lebensführung im Alter. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss. 2004, S. 173–192
- Schuleri-Hartje, Ulla-Kristina; Just, Hans-Georg; Deutsches Institut für Urbanistik: Anforderungen an die offene Altenhilfe. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik 1992. 161 S.
- Schumacher, Jürgen; Stiehr, Karin; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Praktische Beispiele der Förderung des Engagements älterer Menschen in deutschen Großstädten. Dokumentation eines Workshops in Bonn 1999. Stuttgart, Marburg, Erfurt: Wiehl 2000. 55 S.
- Stark, Wolfgang: Selbsthilfeförderung unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten. in: Braun, Joachim; Kettler, Ulrich; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Selbsthilfe 2000. Leipzig, Köln: ISAB Verl. 1996, S. 75–103
- Staudinger, Ursula: SeniorTrainer/in. Aktivität und Bildung als Chance der Persönlichkeitsentwicklung. BAGSO-Nachrichten, 12(2003)1, S. 27–29
- Steiner-Hummel, Irene: Gemeinwesenorientierte Pflege als Weg der kommunalen Altenhilfeentwicklung. in: Schmidt, Roland; Entzian, Hildegard; Giercke, Klaus-Ingo; Klie, Thomas: Die Versorgung pflegebedürftiger alter Menschen in der Kommune. Frankfurt/M.: Mabuse-Verl. 1999, S. 75–88
- Stiehr, Karin; Schumacher, Jürgen; Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros; BaS; Institut für Soziale Infrastruktur; ISIS: Förderung des freiwilligen sozialen Engagements älterer Menschen durch Länder und Kommunen. Dokumentation eines Workshops im Dezember 1996 in Bonn. Stuttgart, Marburg, Erfurt: Wiehl 1999. 47 S.
- Strate-Schneider, Ulrike: „Berliner Modell: Ausbildung für nachberufliche Arbeitsbereiche – BANA“. in: Malwitz-Schütte, Magdalene: Lernen im Alter. Münster, New York, München, Berlin: Waxmann 1998, S. 293–304
- Trilling, Angelika; Klie, Thomas: Die Ermittlung von pflegekultureller Orientierung und Pflegebereitschaft als Instrument kommunaler Altenhilfeplanung. in: Klie, Thomas; Buhl, Anke; Entzian, Hildegard; Schmidt, Roland: Entwicklungslinien im Gesundheits- und Pflegewesen. Frankfurt/M.: Mabuse-Verl. 2003, S. 111–120
- Vollmer, Carla: Hohe Bürgerbeteiligung ist wichtigstes Ziel. Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“ zur Agenda 21. der Städtetag, 54(2001)9, S. 46–48
- Wallraven, Klaus Peter; Gennerich, Carsten: Seniorenpolitik aus der Akteursperspektive. Eine empirische Untersuchung von Abgeordneten und Verwaltungsangehörigen. Opladen: Leske u. Budrich 2002. 291 S.
- Winter, Gabriele; Evangelischer Verband für Altenarbeit im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche im Rheinland: Projekthandbuch Altenarbeit. Düsseldorf: Diakonisches Werk Rheinland 1997. 362 S.
- Witzack, Maren: Bericht über die Diskussion im Rahmen der Veranstaltung des Kommunalwissenschaftlichen Forschungszentrums am 12. Januar 1998 in Würzburg zum Thema „Jugendliche und Senioren in den Kommunen“. in: Hermann, Michael C.; Pitschas, Rainer: Jugendliche und Senioren in den Kommunen. Stuttgart, München, Hannover, Berlin: Boorberg 1998, S. 65–70
- Zacharias, Ute; Cölln, Christel: Selbsthilfeförderung als Bestandteil kommunaler Sozialpolitik. in: Braun, Joachim; Kettler, Ulrich; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Selbsthilfe 2000. Leipzig, Köln: ISAB Verl. 1996, S. 104–106
- Zeman, Peter; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Selbstorganisation in der Altenarbeit. in: Braun, Joachim; Kubisch, Sonja; Zeman, Peter; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005, S. 76–115
- Zeman, Peter; Kubisch, Sonja; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; ISAB; Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung: Erfahrungswissen und Verantwortung. Zur Rolle von seniorTrainerinnen in ausgewählten Engagementbereichen. in: Institut für Sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung; ISAB; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Erfahrungswissen und Verantwortung. Köln: Inst. f. Sozialwiss. Analysen und Beratung 2005, S. 7–26

Die Zeitschriftenbibliografie wurde von der Bibliothek des Deutschen Zentrums für Altersfragen zusammengestellt. Bitte nutzen Sie die kostenfreie Online-Datenbank GeroLit (www.gerolit.de), um sich über die zusätzlichen Neuerscheinungen im Buchbereich zu informieren.

Öffnungszeiten der DZA-Bibliothek

Die Öffnungszeiten der Präsenzbibliothek des Deutschen Zentrums für Altersfragen sind: Dienstag 10.00–19.30 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 10.00–16.00 Uhr. Besucher, die von auswärts anreisen oder die Bibliothek für einen längeren Studienaufenthalt nutzen wollen, können auch Termine außerhalb der Öffnungszeiten telefonisch vereinbaren (Tel. 030/26 07 40-80).

Allgemeines

- Alkema, Gretchen E.; Alley, Dawn E.: Gerontology's future: an integrative model for disciplinary advancement. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.574–582
- Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie: Altern im Focus der Wissenschaften. 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie (DGGG). Freiburg, 28.–30. September 2006. Abstracts. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)Suppl.1, S.1/III–1/67
- Ferraro, Kenneth F.: Imagining the disciplinary advancement of gerontology: whither the tipping point? *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.571–573
- Troisi, Joseph: Professor Gary Andrews. An outstanding scientist, an educator and a world leader in the field of ageing. *BOLD*, 16(2006)4, S.2–6

Psychologische Gerontologie/Psychologie

- Cox, Enid O.; Green, Kathy E.; Seo, Honglan; Inaba, Miyuki et al.: Coping with late-life challenges: development and validation of the Care-Receiver Efficacy Scale. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.640–649
- Graves, Stephen B.; Larkin, Elizabeth: Lessons from Erikson: A look at autonomy across the lifespan. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.61–71
- Rogers, Wendy A.; Fisk, Arthur D.: Cognitive support for elders through technology. *Generations*, 30(2006)2, S.38–43
- Salzman, Brooke: Myths and realities of aging. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.141–150

Soziologische/Sozialpsychologische Gerontologie/Soziologie

- Bennett, Ronni: What a difference a year makes. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.121–122
- Berg-Weger, Marla: Community care for an aging society: issues, policies and services. Carole B. Cox, New York: Springer Publ. Company, 2005, 191 pages. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.92–94
- Bowling, Ann: Lay perceptions of successful ageing: findings from a national survey of middle aged and older adults in Britain. *European Journal of Ageing*, 3(2006)3, S.123–136
- Chan, Charles C.; HO, Wing-chung: Intensive community mentoring scheme in Hong Kong. Nurturing police-youth intergenerational relationships. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.101–106
- Chun, JongSerl; Lee, Johee: Intergenerational solidarity in Korean immigrant families. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.7–21
- Cockerham, William C.; Hinote, Brian P.; Abbott, Pamela: A sociological model of health lifestyles. Conducting a preliminary test with Russian Data. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.177–197
- Cooney, Teresa m.; An, Jeong Shin: Women in the middle: generational position and grandmothers' adjustment to raising grandchildren. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.3–23
- Czaja, Sara J.; Schulz, Richard: Innovations in technology and aging. Introduction. *Generations*, 30(2006)2, S.6–8
- Elling, Ray: Reflections on the health social sciences then and now. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.57–71
- Gerlinger, Thomas: Historische Entwicklung und theoretische Perspektiven der Gesundheitssoziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.34–56
- Görgen, T.; Nägele, B.: Sexuelle Viktimisierung im Alter. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.382–389
- Habib, Rima R.; Zohry, Ayman; Nuwayhid, Iman; Najdi, Faten: Older adults in the division of domestic labor in communities on the outskirts of Beirut. *European Journal of Ageing*, 3(2006)3, S.137–145
- Jarrott, Shannon E.; Gigliotti, Christina M.; Smock, Sara A.: Where do we stand? Testing the foundation of a shared site intergenerational program. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.73–92
- Jungbauer-Gans, Monika: Soziale und kulturelle Einflüsse auf Krankheit und Gesundheit. Theoretische Überlegungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.86–108

- Klein, Thomas; Unger, Rainer: Einkommen und Mortalität im Lebensverlauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.144–157
- Kreyenfeld, Michaela; Mika, Tatjana: Analyse möglicher Biografiedaten des „Scientific Use Files VVL 2004“ im Bereich Fertilität und Familie. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.583–608
- Kumagai, Fumie: The fallacy of late-life divorce in Japan. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.123–134
- Newell, Debra A.: Women with disabilities aging well: a global view. Patricia Noonan Walsh and Barbara leRoy. Baltimore: Paul H. Brookes Publishing Company, 166 pages. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.91–92
- Newman, Sally: Research and intergenerational studies: a global perspective. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.111–114
- Pinquart, M.; Fröhlich, C.; Silbereisen, R. K.: Altersunterschiede in psychosozialen Ressourcen und im Befinden von Krebspatienten am Beginn einer Chemotherapie. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.344–349
- Rabiner, Donna J.; O'Keeffe, Janet; Brown, David: Financial exploitation of older persons. Challenges and opportunities to identify, prevent, and address it in the United States. *Journal of Aging and Social Policy*, 18(2006)2, S.47–68
- Randall, William L.; Prior, Suzanne M.; Skarborn, Marianne: How listeners shape what tellers tell. Patterns of interaction in lifetory interviews and their impact on reminiscence by elderly interviewees. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.381–396
- Sadler, E. A.; Braam, A. W.; Groenou, M. I. Broese van; Deeg, D. J. H. et al.: Cosmic transcendence, loneliness, and exchange of emotional support with adult children. A study among older parents in the Netherlands. *European Journal of Ageing*, 3(2006)3, S.146–154
- Sánchez, Mariano: Challenges to intergenerational studies. Perspective from Western Europe. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.107–109
- Schwartz, Friedrich Wilhelm; Janus, Katharina: Das Gesundheitssystem als interdisziplinäres Forschungsfeld. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.72–85
- Shemirani, Farimah Shakeri; O'Connor, Deborah L.: Aging in a foreign country: voices of Iranian women aging in Canada. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.73–90
- Stevenson, Fiona A.: The doctor-patient relationship. Interconnections between global processes and interaction. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.224–242

- Tesch-Römer, Clemens; Kondratowitz, Hans-Joachim von: Comparative ageing research: a flourishing field in need of theoretical cultivation. *European Journal of Ageing*, 3(2006)3, S.155–167
- Torres, Sandra; Hammarström, Gunhild: Speaking of „limitations“ while trying to disregard them. A qualitative study of how diminished everyday competence and aging can be regarded. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.291–302
- VandeWeerd, Carla: Crime and elder abuse: An integrated perspective. Brian K. Payne, Second Edition, 2005, pp.315. *Journal of Elder Abuse and Neglect*, 17(2005)3, S.75–77
- Wadsworth, Michael; Bartley, Mel: Social inequality, family structure and health in the life course. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.125–143
- Warburton, Jeni; McLaughlin, Deirdre: Doing it from your heart: the role of older women as informal volunteers. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.55–72
- Weinstein, Lenore B.: Training the teachers. An intergenerational program in teaching the holocaust. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.95–100
- Wenzel, Ulrich: Zur Kritik der Altersdiskriminierung: Exklusion und biographische Krise in der Moderne. *Zeitschrift für Sozialreform*, 52(2006)3, S.373–396
- Wolf, Christof: Psychosozialer Stress und Gesundheit. Belastungen durch Erwerbsarbeit, Hausarbeit und soziale Beziehungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.158–176
- Wolf, Christof; Wendt, Claus: Perspektiven der Gesundheitssoziologie. Einleitung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.9–33
- Yardley, Lucy; Bishop, Felicity L.; Beyer, Nina; Hauer, Klaus et al.: Older people's views of falls-prevention interventions in six European countries. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.650–660
- Geriatric/Gesundheitliche Versorgung/Medizin**
- Becker, G.; Kruse, A.; Tronnier, J.; Roepke-Brandt, B.; u. a.: Rehabilitationsverlauf und Nachhaltigkeit. Erste Ergebnisse einer Studie zur Rehabilitation älterer Schlaganfallpatienten. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.365–370
- Horvath, Brian; Silberberg, Mina; Landerman, Lawrence R.; Johnson, Frederick S. et al.: Dynamics of patient targeting for care management in medicaid. A case study of the Durham community health network. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.107–114
- Israelowitz, Richard; Reznik, Alex; Borkin, Sofia: Late-life benzodiazepine use among Russian-speaking immigrants in Israel. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.677–679
- Linder, Heike; Ziegler, Andrea: Es gibt mehr als eine Lösung. Fallorientierte Seminare zu ethischen Entscheidungskonflikten. *Dr. med. Mabuse – Zeitschrift im Gesundheitswesen*, 31(2006)164, S.48–50
- Menebröcker, Claudia: Machen Sie deutlich, wie wichtig das Thema ist. Strategien gegen Mangelernährung. *Altenheim*, 45(2006)12, S.48–51
- Morrow, Dan; Clark, Dan; Tu, Wanzhu; Wu, Jingwei et al.: Correlates of health literacy in patients with chronic heart failure. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.669–676
- Orwig, Denise; Brandt, Nicole; Gruber-Baldini, Ann L.: Medication management assessment for older adults in the community. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.661–668
- Schnell, Martin W.: Die Unfasslichkeit der Gesundheit. *Pflege & Gesellschaft*, 11(2006)4, S.344–350
- Udjo, Eric O.: Demographic impact of HIV/AIDS on the young and elderly populations in South Africa. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.23–41
- Gerontopsychiatrie/Psychiatrische Versorgung/Psychiatrie**
- Becker, S.; Kaspar, R.; Kruse, A.: Die Bedeutung unterschiedlicher Referenzgruppen für die Beurteilung der Lebensqualität demenzkranker Menschen. Kompetenzgruppenbestimmung mit HILDE. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.350–357
- Donnay, Katja; Kostrzewa, Stephan: Verwandelte Welt. Demenzenbetreuung. *Altenpflege*, 31(2006)10, S.32–34
- Fiedler, Petra: Belebende Wirkung. Spiele können für an Demenz Erkrankte therapeutisch äußerst sinnvoll sein. *Altenpflege*, 31(2006)10, S.40–41
- Funk, Johannes: Bauen für Demenzkranke. Licht, Farben und Möbel dienen als Orientierungshilfen. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.52–55
- Kinney, Jennifer M.; Kart, Cary S.: Not quite a panacea: technology to facilitate family caregiving for elders with dementia. *Generations*, 30(2006)2, S.64–66
- Petrovic, Kimberly: Nursing care management of older adults with HIV/AIDS and chronic depression. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.115–120
- Wiese, Dor: Verteilte Last. Demenzenbetreuung. *Altenpflege*, 31(2006)10, S.30–31
- Sozialpolitik/Soziale Sicherung**
- Dippold, Cornelia: Wissensverwaltung und Wissensrecherche durch Integration eines Metadatenkonzepts im FDZ-RV. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.622–640
- Eckardt, Frank: Die Nachbarschaft als sozialpolitisches Maßnahmefeld – Ein europäischer Ansatz? *Sozialer Fortschritt*, 55(2006)10, S.249–254
- Eichhorn, Lothar; Huter, Jessica: Armut und Reichtum in den Bundesländern: Konzept für regionalisierte Sozialberichte. *Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales*, 55(2006)10, S.350–358
- Fachinger, Uwe; Himmelreicher, Ralf K.: Die Bedeutung des Scientific Use Files Vollendete Versichertenleben 2004 (SUFVVL2004) aus der Perspektive der Ökonomik. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.562–582
- Genzke, Jürgen: Auswirkung der Neuregelung der Fälligkeit der Beiträge vom Arbeitsentgelt auf die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung. *RVaktuell*, 53(2006)9/10, S.370–377
- Hauschild, Matthias: Die Ratsarbeitsgruppe „Sozialfragen“ und die Beratung der neuen Durchführungsverordnung zur Koordinierung der sozialen Sicherheit. *RVaktuell*, 53(2006)9/10, S.406–408
- Heien, Thorsten: Wer will eigentlich eine Sozialunion? – Die Haltung der Bürger zu einer Verlagerung sozialpolitischer Kompetenzen und Maßnahmen auf die europäische Ebene. *Sozialer Fortschritt*, 55(2006)10, S.241–248
- Himmelreicher, Ralf K.: Erfahrungen und Perspektiven. Dritter Workshop des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung vom 26. bis 28. Juni 2006 in Bensheim. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.661–663
- Hoffmann, Lisa; Hinrichs, Karl: Die Altersversorgung von Abgeordneten in Deutschland: Entscheidungen in eigener Sache. *Zeitschrift für Sozialreform*, 52(2006)3, S.325–350
- Martens, Rudolf: Neue Regelsatzberechnung 2006. Zu den Vorschlägen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Bundesregierung. *Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales*, 55(2006)6, S.182–194
- Rehfeld, Uwe G.; Mai, Dirk; Himmelreicher, Ralf K.: Das Forschungsdatenzentrum der Deutschen Rentenversicherung erfüllt bereits im Aufbau seine Aufgaben. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.529–536
- Röder, Frank: Die Bedeutung des Scientific Use Files FDZ-Biografiedaten-VVL2004 (SUFVVL2004) aus Sicht der Mikrosimulation. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.608–621
- Schaller, Johannes; Bundessozialgericht: Erwerbsminderungsrenten für unter 60-Jährige sind zu niedrig. Gewerkschaften raten Betroffenen zum Widerspruch. *Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales*, 55(2006)6, S.215–216
- „Sozialversicherungen bilden Fundament des Sozialstaates“. Beschluss des DGB-Kongresses zur Zukunft der Sozialsysteme. *Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales*, 55(2006)6, S.209–214
- Stegmann, Michael: Aufbereitung der Sondererhebung „Vollendete Versichertenleben 2004“ als Scientific Use File für das FDZ-RV. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.537–553
- Gesundheitswesen/Kranken- und Pflegeversicherung**
- Bandelow, Nils; Hassenteufel, Patrick: Mehrheitsdemokratische Politikblockaden und verhandlungsdemokratischer Reformeifer. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.320–342
- Bitzer, Eva Maria; Dörning, Hans; Beckmann, Ulrike; Somhammer, Bruno; u. a.: Verbesserte Dokumentation als Grundlage für Reha-Qualitätssicherung. Weiterentwicklung der Klassifikation therapeutischer Leistungen. *RVaktuell*, 53(2006)9/10, S.398–406
- Dillaway, Heather E.: Good mothers never wane: mothering at menopause. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.41–53
- Fuchs, Harry: Systemwechsel durch die Hintertür. Die Gesundheitsreform 2006. *Soziale Sicherheit. Zeitschrift für Arbeit und Soziales*, 55(2006)10, S.342–349
- Gerlinger, Thomas; Urban, Hans-Jürgen: Gesundheitspolitik in Europa. Über die Europäisierung und Ökonomisierung eines wohlfahrtsstaatlichen Politikfeldes. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.343–363
- Hess, Rainer: Alternative Behandlungsmethoden bei lebensbedrohlichen Erkrankungen. Auseinandersetzung mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2005. *G + G Wissenschaft*, 6(2006)4, S.7–14
- Holst, Jens: Gute Versorgung nur für Reiche. Der Kassenwettbewerb in Chile. *Dr. med. Mabuse – Zeitschrift im Gesundheitswesen*, 31(2006)164, S.54–56
- Kiefer, Gernot; Ruiss, Dirk: Staatliche, administrierte Gesundheitsversorgung – Die Eckpunkte der Großen Koalition zur Gesundheitsreform. *Sozialer Fortschritt*, 55(2006)10, S.255–261
- Kliemt, Hartmut: Ethik und Politik der Rationierung im Gesundheitswesen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.364–382
- Kuhlmeiy, Adelheid: Rechnung mit vielen Unbekannten. Überblick. *G+G Gesundheit und Gesellschaft*, 6(2006)Spezial 7/8, S.4–6

- Marmor, Theodore R.; Okma, Kieke G. H.; Latham, Stephen R.: Values, institutions and health politics. Comparative perspectives. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.383–405
- Michael, Yvonne L.; Wisdom, Jenifer P.; Perrin, Nancy; Bowen, Deborah et al.: Expression and ambivalence over expression of negative emotion. Cross-sectional association with psychosocial factors and health-related quality of life in postmenopausal women. *Journal of Women & Aging*, 18(2006)2, S.25–40
- Pfaff, Holger; Schreiber, Fülöp: Versorgung und Versorgungsqualität im Krankenhaus. Standardisierung und Individualisierung als Trends. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.432–443
- Putz, Friedrich: Das Pflegebudget im Test. Die Bedeutung der Modellversuche als politische Entscheidungsgrundlage. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.26–31
- Reimann, Axel; Pottins, Ingrid; Korsukéwitz, Christiane: Rahmenbedingungen der kardiologischen Rehabilitation und Prävention 2006. *RVaktuell*, 53(2006)9/10, S.388–397
- Rob, Wolfgang: Dienstplanqualität im Gesundheitswesen. Objektivierung und automatisierte Bewertung von Dienstplanqualität. www.PRINTERNET.info, 8(2006)11, S.622–628
- Robert-Koch-Institut; Statistische Bundesamt: Gesundheitsbericht für Deutschland erschienen. Bericht aus Berlin. *ZFSH/SGB – Sozialrecht in Deutschland und Europa*, 45(2006)10, S.624–638
- Rosenbrock, Rolf; Kümpers, Susanne: Die Public Health Perspektive. Krankheit vermeiden – Gesundheit fördern. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.243–269
- Rothgang, Heinz: Die Regulierung von Gesundheitssystemen in vergleichender Perspektive auf dem Weg zur Konvergenz? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.298–319
- Schanz, Benno; Fellgiebel, Andreas: Integrierte Versorgung (IV) ist ein aktuelles Thema. Finanzierung und Konzeptionierung von IV. www.PRINTERNET.info, 8(2006)11, S.615–621
- Schneider, N.: Health care in seniority: crucial questions and challenges from the perspective of health services research. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.331–335
- Strodtholz, Petra; Badura, Bernhard: Patientenorientierung im Gesundheitswesen durch Patientenbefragung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.444–463
- Ullrich, Carsten G.; Christoph, Bernhard: Soziale und Risikosolidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung. Zur Akzeptanz von „Entsolidarisierungsoptionen“ bei gesetzlich Versicherten“. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.406–431
- Wagner, Wolfgang: Oh Wehe. Die schwere Geburt der Gesundheitsreform. *Dr. med. Mabuse – Zeitschrift im Gesundheitswesen*, 31(2006)164, S.16–18
- Wasem, Jürgen: „Die Veränderungen verlaufen geräuschlos“. *G+G Gesundheit und Gesellschaft*, 6(2006)Spezial 7/8, S.13
- Wasem, Jürgen; Hessel, Franz; Neumann, Anja: Der „Heilversuch“ aus Sicht der Gesundheitsökonomie. Überlegungen zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 6. Dezember 2005. *G + G Wissenschaft*, 6(2006)4, S.15–21
- Weller, Christian E.; Wenger, Jeffrey B.; Gould, Elise: A prescription for more retirement income security. Retiree health insurance coverage in an era of declining access to employer-sponsored insurance. *Journal of Aging and Social Policy*, 18(2006)2, S.11–30
- Wendt, Claus: Der Gesundheitssystemvergleich: Konzepte und Perspektiven. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.272–297
- Altenhilfe/Altenpolitik/Altenorganisationen/ Freie Wohlfahrtspflege**
- Berg-Warman, Ayelet; Brodsky, Jenny: The supportive community: a new concept for enhancing the quality of life of elderly living in the community. *Journal of Aging and Social Policy*, 18(2006)2, S.69–83
- Borutta, Manfred; Giesler, Christiane: Aufstieg mit Hindernissen. Karriereverläufe von Männern und Frauen in der Altenpflege. *Altenpflege*, 31(2006)11, S.39–42
- Großkopf, Volker; Schanz, Michael: Kleine Schritte. *Recht. Altenpflege*, 31(2006)11, S.56–57
- Klingbeil, Darren; Deutsche Angestellten Krankenkasse; Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege: Hohe Belastungen – und trotzdem zufrieden. Erste bundesweite Studie zur Arbeitssituation und -zufriedenheit ambulanter Pflegekräfte. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S. 22–25
- Richter, Ronald; Schleipen, Thomas; Wipp, Michael: Wie Sie die Kostenträger überzeugen. Sektorenübergreifender Personaleinsatz. *Altenheim*, 45(2006)10, S.24–27
- Richter, Ronald; Wipp, Michael: Setzen Sie ihr Personal flexibel ein. Stationärer und ambulanter Betriebsteil. *Altenheim*, 45(2006)10, S.20–22
- Rothman, Max B.; Dunlop, Burton D.: Elders and the courts: judicial policy for an aging America. *Journal of Aging and Social Policy*, 18(2006)2, S.31–46
- Schrader, Steve; Schiffer, Paul-Jürgen: „Wir sollten diesen Weg gemeinsam beschreiten“. Sektorenübergreifender Personaleinsatz. *Altenheim*, 45(2006)10, S.28–29
- Slobodzian, Susanne: Armut und Reichtum. *Altenpflege International. Altenpflege*, 31(2006)11, S.44–46
- Wipp, Michael; Richter, Ronald; Schleipen, Thomas: Vernetzter Personaleinsatz. Flexibler Mitarbeiterereinsatz zwischen ambulanten und stationären Betriebsteilen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.22–24
- Sozialarbeit/Altenarbeit/Selbsthilfe/Ehrenamtlichkeit**
- Klein, Ansgar; Rahn, Erik: Nichtstun liegt Senioren nicht. Bürgerschaftliches Engagement. *G+G Gesundheit und Gesellschaft*, 6(2006)Spezial 7/8, S.18–19
- Leube, Konrad: Gesetzliche Unfallversicherung im Ehrenamt – Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen. *ZFSH/SGB – Sozialrecht in Deutschland und Europa*, 45(2006)10, S.579–582
- Pflege/Rehabilitation/Therapie**
- Bielefeld, Birgit; Noska, Mechthild: Evaluation von Pflegecurricula – ein Instrument zur vergleichenden Beschreibung und Bewertung anhand von Curriculumdokumenten. www.PRINTERNET.info, 8(2006)11, S.581–595
- Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft: Ausbildungsfinanzierung und Qualitätsstandards in den Pflegefachberufen. Positionspapier der Sektion Bildung der Deutschen Gesellschaft für Pflegewissenschaft. *Pflege & Gesellschaft*, 11(2006)4, S.375–382
- George, Wolfgang: Anmerkungen zu den Zielen und ethischen Begründungen der Angehörigenintegration. www.PRINTERNET.info, 8(2006)10, S.522–527
- Gitlin, Laura N.; Reeve, Karen; Dennis, Marie P.; Mathieu, Esther et al.: Enhancing quality of life of families who use adult day services. Short- und long-term effects of the adult day services plus program. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.630–639
- Haarhaus, Friedrich: Versorgen, trösten, heilen: Dennoch werden Pflegeberufe unterschätzt. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.23–25
- Hinghofer-Szalkay, Irma M.; Wiltische, Werner: Traditionelle und alternative Mentoring-Modelle für die professionelle Pflege (MMP). www.PRINTERNET.info, 8(2006)10, S.517–521
- Kämmer, Karla: Märchenhafte Potenziale. In Märchen finden sich Hinweise für eine verantwortungsvolle Personalführung. *Altenpflege*, 31(2006)10, S.23–25
- Risse, Ludger: Die Delegation ärztlicher Tätigkeiten an Pflegeende aus pflegerischer Sicht. *PflegeRecht*, 10(2006)10, S.457–462
- Schmackes, Norbert: Neuer Spielplan für Medizin und Pflege. *Versorgung. G+G Gesundheit und Gesellschaft*, 6(2006)Spezial 7/8, S.10–12
- Staub, Maria Müller; Georg, Jürgen; Lunney, Margaret: Pflegediagnostik: Genauigkeit ist nicht dichotom. Interview mit Margaret Lunney. www.PRINTERNET.info, 8(2006)11, S.629–634
- Swoboda, Beate: Sprachliche Ungetüme. *Pflegelexikon. Altenpflege*, 31(2006)11, S.28–29
- Swoboda, Beate: Wissen, wo es steht. Diesmal geht es um den Pflegestandard. *Altenpflege*, 31(2006)10, S.44–45
- Vosseler, Birgit; Birnbaum, Barbara; Prochowski, Patricia; Zech, Elke: Krankenschwester ade – das neue Gesicht der Pflege. Krankenschwester – nur noch ein tradiertes Berufsbild? *Pflege in einer Phase des gesellschaftlichen Umbruchs!* www.PRINTERNET.info, 8(2006)11, S.596–605
- Familiale Altenpflege/Informelle Hilfe**
- Dörpinghaus, Sabine; Bosch Betriebskrankenkasse: Deutsches Institut für angewandte Pflegeforschung: Pflegekurse für Angehörige: Nicht nur eine fachliche Stütze. *dip untersucht Bedeutung und Qualität von Schulungsangeboten. Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S. 32–35
- Earle, Shirley S.: Reflections on 12 years of facilitating Alzheimer’s caregiver support groups. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.135–140
- Eschner, Monika: Leben im Land des Vergessens. AOK-Projekt IDA. *G+G Gesundheit und Gesellschaft*, 6(2006)Spezial 7/8, S.8–9
- Graham, Janice E.; Bassett, Raewyn: Reciprocal relations: The recognition and co-construction of caring with Alzheimer’s disease. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.335–349
- Haberstroh, J.; Neumeyer, K.; Schmitz, B.; Perels, E.; u. a.: Kommunikations-TAnDem. Entwicklung, Durchführung und Evaluation eines Kommunikations-Trainings für pflegende Angehörige von Demenzpatienten. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.358–364
- Lungaro-Mifsud, Stephen: Supporting family carers of older people in Europe – the National Background Report for Malte. Joseph Troisi and Marvin Formosa, Berlin, Lit Verl., 2006, 152 pp., ISBN 3-8258-9247-6. *BOLD*, 16(2006)4, S.29–30
- Metzing, Sabine; Schnepf, Wilfried; Hübner, Bettina; Büscher, Andreas: Die Lücke füllen und in Bereitschaft sein – Kinder und Jugendliche als pflegende Angehörige. *Pflege & Gesellschaft*, 11(2006)4, S.351–373

- Müller-Schulz, Heike: Wenn es dem Partner zu viel wird. Entlastungsangebote für pflegende Angehörige von Demenzkranken. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.6–10
- Smith, Tamara L.; Roseland, Ronald W.: The effectiveness of a telephone support program for caregivers of frail older adults. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.620–629
- Whitlatch, Carol J.; Judge, Katherine; Zarit, Steven H.; Femia, Elia: Dyadic intervention for family caregivers and care receivers in early-stage dementia. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.688–694
- Soziale Dienste/Mobile Dienste**
- Böhme, Hans; Bundessozialgericht: Dürfen Pflegedienste Leistungen bundesweit abrechnen? Rechtsfragen aus dem Alltag der ambulanten Pflege. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.44–46
- Broekmann, Petra: Starke Teams statt einsame Kämpfer. Praxiserfahrungen aus einem betrieblichen Umstrukturierungsprozess – ein Projektbericht. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S.38–40
- Brucker, Uwe: Nach einheitlichen Kriterien. Im Überblick überarbeitete Richtlinien zur Begutachtung von Pflegebedürftigkeit. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S.26–28
- Büker, Christa; Kiel-Philipp, Andrea; Liesemann, Gabriele: Lotsen im Gesundheitsnetz. In Lippstadt helfen Case Manager ambulant betreuten Patienten. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.38–40
- Daneke, Sigrid: Auf Nummer sicher gehen. Technische Sicherheitssysteme für die Häusliche Pflege nutzen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S.30–32
- Engeln, Magnus; Hennes, Hans-Jürgen; Stehling, Heiko; Ziegenbein, Ralf: Der Blaylock-Risk-Assessment-Score (Modifizierter BRASS-Index) als Initialassessment im multiprofessionellen Entlassungsmanagement. www.PRINTERNET.info, 8(2006)10, S.545–549
- Fahnenstich, Jürgen; Bundessozialgericht: Keine örtliche Beschränkung. Urteil: Ambulante Pflegedienste sind durch Versorgungsvertrag bundesweit zugelassen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.32–33
- Greulich, Andrea; Ihle, Jutta: Das Modell der Balanced Scorecard. Teil 2. www.PRINTERNET.info, 8(2006)11, S.606–614
- Greulich, Andreas; Ihle, Jutta: Das Modell der Balanced Scorecard. www.PRINTERNET.info, 8(2006)10, S.528–537
- Groß, Johannes; Bundessozialgericht: Was notwendig ist, ist auch zu erstatten. BSG-Urteil zu selbstbeschafften SGB V-Leistungen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S.34–35
- Heiber, Andreas: Kunden zeigen, was ambulant möglich ist. Komplette Angebotsketten bilden: Versicherungs- und Privatzahlerleistungen verzahnen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.16–21
- Held, Holger; Markert, Peter; Europäische Union: Am Kundenwunsch orientiert. Die Studie „Profit goes Social“ zeigt Potenziale des Marktes für haushaltsnahe Dienste. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S.16–21
- Jahn, Isabel: Gesundheit und Leistung fördern. Arbeitsrecht: Urlaubsanspruch von Arbeitnehmern. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.34–35
- kaminski, Ralf: Mögliche Mängel vermeiden. Arbeitsrecht: Zur Anhörung des Betriebsrats bei Kündigungen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)11, S.36–37
- Klingbeil, Darren: „Unsere wichtigste Ressource schützen: die Mitarbeiter“. Qualitätsmanagement mit integriertem Arbeitsschutz: Erfahrungen eines Pflegedienstes. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.28–31
- Olaisson, Anna; Cedersund, Elisabet: Assessment for home care: negotiating solutions for individuals needs. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.367–380
- Roßbruch, Robert: Erbringung ambulanter Pflegeleistungen außerhalb des in einem Versorgungsvertrag festgelegten örtlichen Einzugsbereichs. BSG, Ur. v. 24.05.2006 – B 3 P 1/05 R. *PflegeRecht*, 10(2006)11, S.522–527
- Roßbruch, Robert: Krankenkasse muss Pflegekosten bei Fehlen einer vertraglichen Grundlage nach Bereicherungsrecht übernehmen. *PflegeRecht*, 10(2006)11, S.534–542
- Roßbruch, Robert: Medikamentengabe als Teil der häuslichen Krankenpflege muss vergütet werden. Hessisches LSG, Ur. v. 29.06.2006 – L 2 KR 105/04. *PflegeRecht*, 10(2006)10, S.487–489
- Schanz, Benno: Budgetkenntnisse sind Erfolgsparameter. www.PRINTERNET.info, 8(2006)10, S.538–544
- Ziesche, Frank; Unternehmensberatung Wißgott: Warnhinweise frühzeitig erkennen. 100 Pflegedienste nahmen an einer Studie zu ihrer wirtschaftlichen Situation und Qualität teil. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.36–39
- Heimunterbringung/Geschlossene Altenhilfe/Stationäre Einrichtungen**
- Bähr, Robin: Leitlinie zur Qualitätssicherung. Expertenstandard zur Förderung der Harnkontinenz. *Altenheim*, 45(2006)12, S.40–43
- Daneke, Sigrid: Abbeyfield: gegen Einsamkeit im Alter. Ehrenamtliches Engagement sichert Bewohnern von Abbeyfield-Häusern Unterstützung und soziale Teilhabe. *Altenheim*, 45(2006)11, S.26–27
- Dauenhauer, Jason A.: Mindfulness theory and professional family caregivers in long-term care facilities. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.351–365
- Dettbarn-Reggentin, Jürgen; Reggentin, Heike; Nordrhein-Westfalen, Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung: Überholte Gesetzeslage. Mitwirkung der Bewohner. *Altenheim*, 45(2006)10, S.52–55
- Döhring, Ingo: Mit der richtigen Rechtsform sparen Sie Geld. Servicegesellschaften. *Altenheim*, 45(2006)10, S.50–51
- Edelman, Perry; Guihan, Marylou; Bryant, Fred B.; Munroe, Donna J.: Measuring resident and family member determinants of satisfaction with assisted living. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.599–608
- El-Nawab, Susanne; Dürrmann, Peter: „Viele Menschen sind im Heim fehlversorgt“. Wohn- und Kompetenzzentrum. *Altenheim*, 45(2006)12, S.26–27
- Gennrich, Rolf: So wenig Heim wie möglich. Angebotsstrukturen der Zukunft. *Altenheim*, 45(2006)12, S.16–18
- Görres, Stefan; Al-Diwany, Markus; Forschungsbereich Heimtiere in der Gesellschaft; Bremen, Arbeiterwohlfahrt; Institut für Soziales Lernen: Der Aufwand ist gering – die Wirkung groß. Tierbesuchsdienste. *Altenheim*, 45(2006)11, S.36–39
- Hoffmann, Alfred T.; Dürrmann, Peter; Deutscher Verband der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen; DVLAB: Ungleiche Befugnisse – ungleiche Bezahlung. DVLAB-Umfrage unter Heimleitungen. *Altenheim*, 45(2006)12, S.36–39
- Kalfhues, Adolf Johannes: Voll vernetzt – das Altenheim der Zukunft. Technische Assistenz. *Altenheim*, 45(2006)11, S.42–44
- Kash, Bitu A.; Castle, Nicholas G.; Naufal, George S.; Hawes, Catherine: Effect of staff turnover on staffing: a closer look at registered nurses, licensed vocational nurses, and certified nursing assistants. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.609–619
- Klie, Thomas; Verwaltungsgerichtshof Stuttgart: Zuschläge bei Einzelzimmern sind nur bei Komfortleistungen möglich. Das Urteil. *Altenheim*, 45(2006)12, S.32–33
- Klie, Thomas; Klein, Andreas; Oberlandesgericht München: Das Verbot der Zuwendungen an Heime gilt auch für Angehörige eines Bewohners. Das Urteil. *Altenheim*, 45(2006)10, S.36–37
- Kormann, Wolfgang; Mussmann, Susanne: So gelingt der Aufbau selbstorganisierter Teams. Führungsinstrumente. *Altenheim*, 45(2006)11, S.20–22
- Kormann, Wolfgang; Mussmann, Susanne: Stärken Sie die Verantwortung der Teams. Effizienz in den Personalstrukturen. *Altenheim*, 45(2006)11, S.16–18
- Kwiatkowski, Bernd: MDK-Prüfrichtlinien schreiben Hauswirtschaftskonzept vor. *Pflegen ambulant*, 17(2006)5, S.56–57
- Lachs, Mark; Bachman, Ronet; Williams, Christianna S.; Kossack, Alice et al.: Violent crime victimization increase the risk of nursing home placement in older adults. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.583–589
- Lapane, Kate L.; Resnick, Linda: Weighing the relevant issues: obesity in nursing homes. *Journal of Aging and Social Policy*, 18(2006)2, S.1–9
- Leith, Katherine H.: „Home is where the heart is . . . or is it?“. A phenomenological exploration of the meaning of home for older women in congregate housing. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.317–333
- Molter-Bock, E.; Hasford, J.; Pfundstein, T.: Psychopharmakologische Behandlungspraxis in Münchener Altenpflegeheimen. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.336–343
- Pleschberger, S.: Palliative care in Pflegeheimen. Forschungsstand und Entwicklungsperspektiven. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.376–381
- Roßbruch, Robert: Anspruch eines Heimbewohners auf Rückzahlung von Verpflegungsgeld bei Aufnahme von Sondennahrung. OLG Karlsruhe, Ur. v. 13.04.2006 – 1 U 202/05. *PflegeRecht*, 10(2006)11, S.542–550
- Roßbruch, Robert: Schmerzensgeldanspruch des Ehepartners aus übergegangenem Recht nach Sturz mit Todesfolge in Pflegeeinrichtung. OLG Zweibrücken, Ur. v. 01.06.2006 – 4 U 68/05. *PflegeRecht*, 10(2006)10, S.490–494
- Roßbruch, Robert: Zur Betrieb einer geschlossenen Abteilung durch einen unzuverlässigen Heimbetreiber. VGH Baden-Württemberg, Beschl. v. 24.05.2006 – 6 S 2074/05. *PflegeRecht*, 10(2006)10, S.494–500
- Roßbruch, Robert: Zur Gewährung von Fördermitteln für vor dem 01.06.1994 vorhandene bzw. weitgehend fertig gestellte Pflegeheime. BSG, Ur. v. 26.01.2006. *PflegeRecht*, 10(2006)9, S.433–443
- Rulle, Oliver: Mehrausgaben lassen sich reduzieren. Umsatzsteuererhöhung. *Altenheim*, 45(2006)10, S.46–49
- Schorning, Dirk: Alles unter Kontrolle? Mobil erfasste Daten auch für die Unternehmenssteuerung nutzen. *Häusliche Pflege*, 15(2006)10, S.25–27

Schrader, Steve: Stationär leiten – ambulant pflegen. Bremer Heimstiftung. *Altenheim*, 45(2006)12, S.19–21

Schrader, Steve; Jakob, Maria: „Die Identifikation mit dem Haus ist gestiegen“. Selbstorganisierte Teams. *Altenheim*, 45(2006)11, S.24–27

Sikorska-Simmons, Elzbieta: Linking resident satisfaction to staff perceptions of the work environment in assisted living. A multilevel analysis. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.590–598

Tybussek, Kai: Die richtige Strategie für die Entgelterhöhung. Pflegesatzverhandlung. *Altenheim*, 45(2006)11, S.40–41

Wallrafen-Dreisow, Helmut: Abschied vom Heim. Sozialholding Mönchengladbach. *Altenheim*, 45(2006)12, S.22–24

Wischniewski, Alexander: Erhöhtes Klagerisiko. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. *Altenheim*, 45(2006)10, S.42–45

Zhan, Heying J.; Liu, Guangya; Guan, Xiping; Bai, Hong-guang: Recent developments in institutional elder care in China: changing concepts and attitudes. *Journal of Aging and Social Policy*, 18(2006)2, S.85–108

Sterbehilfe/Sterbebegleitung/Lebensverlängerung/Tod

Asselt, D. van: Advance directives: prerequisites and usefulness. *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie*, 39(2006)5, S.371–375

Giese, Constanze; Koch, Christian; Siewert, Dietmar: Sterbehilfe – kein Thema für die Pflege? Zum Beitrag Pfleger zur aktuellen Sterbehilfe-Diskussion. *Dr. med. Mabuse – Zeitschrift im Gesundheitswesen*, 31(2006)164, S.43–46

Lebensverhältnisse Älterer

Follentine, Sharon: Ageing in South Africa. An overview. *BOLD*, 16(2006)4, S.7–16

Susuman, Sathiya: The health of the aged in South India. *BOLD*, 16(2006)4, S.17–27

Wohnen/Wohnumfeld

Janeski, James F.; Pruchnicki, Alec: Dignity for all: affordable assisted living. *Care Management Journals*, 7(2006)3, S.151–156

Klie, Thomas; Bundesgerichtshof: Die Koppelung von Miet- und Servicevertrag im Betreuten Wohnen ist nicht sittenwidrig. *Das Urteil. Altenheim*, 45(2006)11, S.32–33

Michel, Lutz H.: Neue DIN-Norm setzt bundesweiten Standard. *Betreutes Wohnen. Altenheim*, 45(2006)12, S.44–47

Arbeit/Ältere Erwerbstätige/Ruhestand

Adamy, Wilhelm: Warum in Nachbarländern mehr Ältere beschäftigt sind. Was bringt Münteferings „Initiative 50plus“? Soziale Sicherheit. *Zeitschrift für Arbeit und Soziales*, 55(2006)10, S.322–330

Au, Cornelia: „Work Ability“ – Das Arbeitsfähigkeitskonzept des Finnish Institute of Occupational Health. *Informationsdienst altersfragen*, 33(2006)6, S.16–18

Berger, Ellie D.: „Aging“ identities: degradation and negotiation in the search for employment. *Journal of Aging Studies*, 20(2006)4, S.303–316

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Der Fünfte Altenbericht – „Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft“. Teil 2. *Informationsdienst altersfragen*, 33(2006)6, S.12–15

Charness, Neil: Work, older workers, and technology. *Generations*, 30(2006)2, S.25–30

Engstler, Heribert; Brussig, Martin: Arbeitslosigkeit am Ende des Erwerbslebens. *Informationsdienst altersfragen*, 33(2006)6, S.2–6

Müller, Bettina; Hoffmann, Elke: Gerostat – Statistische Daten. Das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland in altersstruktureller Sicht. *Informationsdienst altersfragen*, 33(2006)6, S.19–21

Radl, Jonas: Pfade in den Ruhestand und die Heterogenität des Renteneintrittsalters. Eine Analyse auf Datenbasis des Scientific Use Files Versichertenrentenzugang 2004 des Forschungsdatenzentrums der Rentenversicherung. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.641–660

Röslen, Michael: Eine Chance für mehr Gesundheit am Arbeitsplatz? *PflegeBulletin*, 7(2006)5, S.1–5

Siegrist, Johannes; Dragano, Nico: Berufliche Belastungen und Gesundheit. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, (2006)SH 46, S.109–124

Stegmann, Michael: Die Bedeutung des Scientific Use Files FDZ-Biografiedaten-VVL 2004 (SUFVL2004) für die Arbeitsmarktforschung. *Deutsche Rentenversicherung*, 61(2006)9/10, S.554–561

Stößel, Dieter: Der Gastbeitrag: Beschäftigung älterer Mitarbeiter – Wie stehen Unternehmen dazu? *Informationsdienst altersfragen*, 33(2006)6, S.7–11

Tesch-Römer, Clemens: Ältere können und wollen mehr. *Arbeitswelt. G+G Gesundheit und Gesellschaft*, 6(2006)Spezial 7/8, S.16–17

Freizeit/Tourismus/Medien

Ball, Karlene K.: Driving in an aging society: innovations in technology. *Generations*, 30(2006)2, S.31–37

Cantor, Michael D.: No information about me without me. *Technology, privacy, and home monitoring. Generations*, 30(2006)2, S.49–53

Kaufman, David R.; Rockoff, Maxine L.: Increasing access to online information about health. A program for inner-city elders in community-based organizations. *Generations*, 30(2006)2, S.55–57

Kaye, Jeffrey; Hayes, Tamara: Home health monitoring. A system to assess motor and cognitive function. *Generations*, 30(2006)2, S.61–63

Matthews, Judith Tabolt: Existing and emerging healthcare devices for elders to use at home. *Generations*, 30(2006)2, S.13–19

Ownby, Raymond L.: Making the internet a friendlier place for older people. *Generations*, 30(2006)2, S.58–60

Pollack, Martha E.: Autominder: a case study of assistive technology for elders with cognitive impairment. *Generations*, 30(2006)2, S.67–69

Vanderheiden, Gregg C.: Potential impact of new technologies on telecommunication for elders. *Generations*, 30(2006)2, S.9–12

Whitten, Pamela: Telemedicine: communication technologies that revolutionize healthcare services. *Generations*, 30(2006)2, S.20–24

Willis, Sherry L.: Technology and learning in current and future generations of elders. *Generations*, 30(2006)2, S.44–48

Vorbereitung auf das Alter/Weiterbildung/Bildung Älterer

Unterwood, Heather L.; Dorfman, Lorraine T.: A view from the other side: elders' reaction to intergenerational service-learning. *Journal of Intergenerational Relationships. Programs, policy and research*, 4(2006)2, S.43–60

Aus-, Fort- und Weiterbildung in Gerontologie/Geriatrie/Pflege

Meuser, Thomas M.; Carr, David B.; Berg-Weger, Marla; Niewoehner, Pat et al.: Driving and dementia in older adults: Implementation and evaluation of a continuing education project. *The Gerontologist*, 46(2006)5, S.680–687

Gesetze/Verordnungen/Richtlinien/Recht

Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Ref. D3: Chancengleichheit verwirklichen. Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen. Teil 1: Diskriminierung als Thema – Wozu ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft? Bericht aus Brüssel. *ZFSH/SGB – Sozialrecht in Deutschland und Europa*, 45(2006)9, S.558–570

Kreutz, Marcus: Die Rechtsnatur von Zielvereinbarungen nach § 5 BGG. *ZFSH/SGB – Sozialrecht in Deutschland und Europa*, 45(2006)10, S.583–586

Die vorliegende Bibliografie gerontologischer Monografien wurde zusammengestellt von der Bibliothek von Pro Senectute Schweiz, der größten Fachbibliothek zu den Themen Alter, Altern und Generationenbeziehungen in der Schweiz. Alle aufgeführten Bücher sind im Buchhandel oder bei der angegebenen Bezugsadresse erhältlich.

Gerontologie allgemein

Das Altenhilfe Jahrbuch 2006/Vincentz Network (Hrsg.). Hannover: Vincentz Network, 2006. – 2. Aufl. – 140 S.

ISBN 3-86630-001-8: EUR 49.00

Study guide to geriatric psychiatry: a companion to the American Psychiatric Publishing Textbook of geriatric psychiatry/Lloyd Benjamin et al. – Washington etc.: American Psychiatric Publishing, 2006. . 3. Aufl. 170 S. ISBN 1-585-62263-X: EUR 24.99

Psychologische Gerontologie/Psychologie

Uhlmann, Petra; Uhlmann, Michael: Was bleibt ...: Menschen mit Demenz: Portraits und Geschichten von Betroffenen. – Rodensleben: ed. uhlensee, 2006. – 98 S. ISBN 3-938304-62-6: EUR 20.00

Soziologische und Sozialpsychologische Gerontologie/Soziologie

Gender, health and ageing: European perspectives on life course, health issues and social challenges/Gertrud M. Backes, Vera Lasch, Katja Reimann (Eds.). – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – 321 S. – (Alter(n) und Gesellschaft; Bd. 13) ISBN 978-353-114-9806: EUR 42.90

Saake, Irmhild: Die Konstruktion des Alters: eine gesellschaftstheoretische Einführung in die Altersforschung. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – 298 S. – (Hagener Studientexte zur Soziologie) (Lehrbuch) ISBN 3-531-14677-7: EUR 24.90

Zehender, Leo: Alter und Emanzipation: eine sozialphilosophische Spurensuche im gerontologischen und pflegewissenschaftlichen Kontext. Wien: Facultas, 2006. – 216 S. (Pflegerwissenschaft; Bd. 1). ISBN 3-85076-738-8: EUR 21.30

Geriatric/ Gerontopsychiatrie

Grundwissen: Medizin des Alterns und des alten Menschen/Ulrich Wedding (Hrsg.) et al. – Bern: H. Huber, 2007. – 197 S. – (Querschnittsbereiche; Bd. 7) ISBN 978-345-684-2264: EUR 19.95

Schiff, Andrea: Schlafförderung durch atemstimulierende Einreibung bei älteren Menschen: eine pflegewissenschaftliche Interventionsstudie. – Bern etc.: H. Huber, 2006. (Reihe Pflegewissenschaft). ISBN 3-456-84359-3: EUR 24.95

Weyerer, Siegfried; Bickel, Horst: Epidemiologie psychischer Erkrankungen im höheren Lebensalter. – Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 2007. – 239 S. – (Grundriss Gerontologie; Bd. 14) (Urban-Taschenbücher; Bd. 764) ISBN 3-17-016835-5: EUR 19.80

Sozialpolitik/ Soziale Sicherung

Klie, Thomas: Pflegeversicherung: Einführung, Lexikon, Gesetzestext SGB XI mit Begründungen, Ausschussempfehlungen und Rundschreiben der Pflegekassen, Nebengesetze, Materialien. – 7., neu bearb., erw. Aufl. – Hannover: Vincentz Network, 2005. – 812 S. ISBN 3-87870-125-X: EUR 22.80

Sozialmarketing als Stakeholder-Management: Grundlagen und Perspektiven für ein beziehungsorientiertes Management von Nonprofit-Organisationen/Berliner Kommunikations-Forum e.V. – Initiative Sozialmarketing; Mario F. Ruckh, Christian Noll, Martin Bornholdt (Hrsg.). – Bern [etc.]: Haupt, 2006. – 345 S. ISBN 3-258-07129-2: EUR 29.00

Altenhilfe/ Altenpolitik/ Altenarbeit

Gärtner, Heiderose: Menschen im Alter verstehen und begleiten. – Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus, 2006. – 140 S. ISBN 3-579-03190-2: EUR 14.95

IT-basierte Produkte und Dienste für ältere Menschen. Nutzeranforderungen und Technik-trends: Tagungsband zur FAZIT. Fachtagung „Best Agers“ in der Informationsgesellschaft/ Simone Kimpeler, Elisabeth Baier (Hrsg.). – Stuttgart: Fraunhofer IRB, 2006. – 96 S. ISBN 3-8167-7137-8: EUR 9.00

Wenderlein, Friederike Uta: Arbeitszufriedenheit und Fehlzeiten bei Pflegekräften: Vorschläge zur Verbesserung für alle Krankenhäuser: auf Basis empirischer Ergebnisse einer Studie an 1020 Pflegekräften. – Melsungen: Bibliomed, 2005. – 167 S. Zugl.: Ulm, Univ., Diss., 2002 u.d.T.: Wenderlein, Friederike Uta: Analyse hoher Fehlzeiten bei Pflegekräften ISBN 3-89556-037-5: EUR 11.00

Sozialarbeit/ Selbsthilfe

Arpagaus, Jürg H.; Höglinger, Marc: Freiwilliges Engagement, Sozialkapital und Alterspflege in der Schweiz. – Zürich: Kalaidos Fachhochschule Schweiz, 2006. – 132 S. – (Kalaidos 5076). ISBN 3-905785-00-5: EUR 24.00

Flessa, Steffen: Helfen hat Zukunft: Herausforderungen und Strategien für karitative und erwerbsorientierte Sozialleistungsunternehmen. – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2006. – 256 S. ISBN 3-525-62391-7: EUR 19.90

Geschlecht im sozialen Kontext: Perspektiven für die soziale Arbeit/Brigitte Hasenjürgen, Christiane Rohleder (Hrsg.). – Opladen: B. Budrich, 2005. – 315 S. – (Schriften der Katholischen Fachhochschule Nordrhein-Westfalen; Bd. 1). ISBN 3-938094-81-8: EUR 33.00

Homfeldt, Hans Günther; Sting, Stephan: Soziale Arbeit und Gesundheit: eine Einführung. – München; Basel: E. Reinhardt, 2006. – 244 S.. ISBN 3-497-01867-8: EUR 24.90

Krippner-Stikkas, Sylvia; Stikkas, Wolf: Sozial- und Gesundheitsökonomie. – Bern: H. Huber, 2007. – 349 S. – (Management im Gesundheitswesen) (Lehrbuch Fachwirt/in im Sozial- und Gesundheitswesen (IHK); Bd. 1). ISBN 3-456-84261-9: EUR 39.95

Netzwerke: ein neuer Typ bürgerschaftlichen Engagements: zur Theorie und Praxis der sozialen Netzwerkarbeit mit Älteren/Veronika Fischer, Volker Eichener, Karin Nell (Hrsg.). – Schwalbach: Wochenschau, 2003. – 301 S. ISBN 3-89974-082-3: EUR 24.00

Stiehr, Karin: Wege zur Integration älterer Menschen mit Behinderung in die Freiwilligenarbeit: Dokumentation der Arbeit von Seniorenbüros anlässlich des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003. – Stuttgart etc.: Wiehl, 2005. – 95 S. – (Praxisbeiträge zum bürgerschaftlichen Engagement im Dritten Lebensalter; Bd. 15). ISBN 3-927219-83-5: EUR 12.00

Lebensverhältnisse Älterer

55plus Marketing: Zukunftsmarkt Senioren/ Reinhard Hunke, Guido Gerstner (Hrsg.). – Wiesbaden: Gabler, 2006. – 288 S. + 1 DVD. ISBN 3-8349-0220-9: EUR 49.90

Fangrath, Adelheid: Gehen Sie ins Kloster!: und 9 weitere ungewöhnliche Alternativen zur kleinen Rente. – Wien: Ueberreuter, 2006. – 143 S. ISBN 3-8000-7156-8: EUR 14.95.

Herschkwitz, Norbert; Chapman Herschkwitz, Elinore: Lebensklug und kreativ: was unser Gehirn leistet, wenn wir älter werden. – Freiburg i.Br.; Basel etc.: Herder, 2006. – 189 S. ISBN 3-451-28654-8: EUR 19.90

Keil, Annelie: Dem Leben begegnen: vom biologischen Überraschungsei zur eigenen Biografie. – Kreuzlingen etc.: H. Hugendubel, 2006. – 219 S. ISBN 3-7205-2851-0: EUR 19.95

Wohnen/ Wohnumfeld

Brawley, Elizabeth C.: Design innovations for aging and Alzheimer's: creating caring environments. – Hoboken: John Wiley, 2006. – 350 S. ISBN 0-471-68118-0: EUR 83.99

Stäheli Haas, Katrin: Wohnen im Alter – so fühlen Sie sich wohl: Privathaushalt, Heim und neue Wohnformen. – Zürich: Beobachter, 2006. – 140 S. ISBN 3-85569-361-7: EUR 15.00

Welter, Rudolf; Hürlimann, Matthias; Hürlimann-Siebke, Katharina: Gestaltung von Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Demenzerkrankungen: Arbeitsbuch für Trägerschaften, Leitungen von Heimen und Pflegewohngruppen, Behörden, Architekten, Innenarchitekten sowie Bauausführende. – Hittnau: Pagina, 2006. – 135 S. + 1 CD-ROM
ISBN 3-03-300964-6: EUR 45.00

Arbeit/Ältere Erwerbstätige/Ruhestand

Active aging in economy and society: Carl Bertelsmann Prize 2006/Bertelsmann Stiftung (ed.). – Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 2006. – 129 S.
ISBN 3-89204-920-3: EUR 15.00

Pierenkemper, Toni: Arbeit und Alter in der Geschichte. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – 111 S. – (Otto-von-Freising-Vorlesungen der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt; Bd. 25).
ISBN 3-531-14958-X: EUR 12.90

Vorbereitung auf das Alter / Weiterbildung / Bildung Älterer

Globales Lernen im dritten Lebensalter: ein Werkbuch/Barbara Asbrand et al. (Hrsg.). – Bielefeld: W. Bertelsmann, 2006. – 173 S. – (Erwachsenenbildung spezial; 9).
ISBN 3-7639-3476-6: EUR 19.90

Hören, lesen, sprechen/Roland W. Wagner, Andrea Brunner, Susanne Voigt-Zimmermann (Hg.). – München; Basel: E. Reinhardt, 2006. – 22 S. – (Sprache & Sprechen; Bd. 43).
ISBN 3-497-01871-6: EUR 26.90

Freizeit/Medien

Aktiv & fit von Kopf bis Fuss: ganzheitliches Gedächtnistraining für Senioren/Helga Schloffer, Monika Puck/Hrsg.). – Olzog, 2005. Erscheint ca. 4-5 x pro Jahr. Kosten: Sammelordner ohne Inhalt EUR 9,20. Abo-Preis: Heft 1. 3 EUR 24,80, ab Heft 4 EUR 26,80 Einzelpreis: Heft 1. 3 EUR 31,80, ab Heft 4 EUR 33,80. [Bezug: www.olzog.de] Korrektur der Preisangaben in Informationsdienst Altersfragen Heft 6, Nov/Dez 2006

Friese, Andrea: Adventskalender: 24 x Kurzaktivierung für Menschen mit Demenz. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 95 S.
ISBN 3-86630-017-4: EUR 29.00

Pfützner, Hedi: Komm doch mal rüber!: eine Geschichte mit Übungen zum Gedächtnistraining. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 223 S..
ISBN 3-87870-695-2: EUR 19.80

Generationen/Generationenbeziehungen

Heuer, Rainer: Politik in der Familie: Macht in Generationenbeziehungen des mittleren und höheren Alters. – Berlin: Weißensee Verlag, 2006. – 198 S. – (Beiträge zur Alterns- und Lebenslaufforschung, ISSN 1610-5745; Bd. 6).
ISBN 3-89998-083-2: EUR 28.00

Höpflinger, François; Hummel, Cornelia; Hugentobler, Valérie: Enkelkinder und Ihre Großeltern: intergenerationelle Beziehungen im Wandel. – Zürich: Seismo, 2006. – 132 S.
ISBN 3-03-777041-4: EUR 18.50

Aus-, Fort- und Weiterbildung in Gerontologie/Geriatrie/Altenhilfe

Gien-Gerlach, Gabriele; Gerlach, Andreas: Lernkartei Altenpflege. – Bern etc.: H. Huber, 2006. – Enthält: Teil 4: Altenpflegepraxis/Jörg Bussmann. – 184, [14] Karten + 1 Heft. – In Schachtel.
ISBN 3-456-83618-X: EUR 19.99

Schützendorf, Erich: Wer pflegt, muss sich pflegen: Belastungen in der Altenpflege meistern. – Wien etc.: Springer, 2006. – IX, 164 S..
ISBN 3-211-29135-0: EUR 19.90

Wanschura, Veronika: Gerontoneurologie & Gerontopsychiatrie: Arbeitsheft für Pflegeberufe: Prüfungsvorbereitung. – Hamburg: Handwerk u. Technik, 2007. – 80 S..
ISBN 978-358-246-5535: EUR 12.20

Soziale Dienste

Block, Stefan: Wirkungskvoll präsentieren: Vorträge, Methoden, Selbstdarstellung. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 118 S. – (Power books).
ISBN 3-86630-016-6: EUR 8.80

Zünd, Carola: Grundorientierungen und Altersbilder in der Sozialarbeit mit älteren Menschen: Entwicklungen im Bereich des Alters und deren Bedeutung für die Sozialarbeit. – Bern: Edition Soziothek, 2006. – 76 Bl. – (Schriftenreihe Praxis und Theorie der Sozialen Arbeit). – Zugleich: Bachelorarb. FHS, Hochschule für Technik, Wirtschaft und Soziale Arbeit St. Gallen, Fachbereich Soziale Arbeit, 2005.
ISBN 3-03-796144-9: EUR 15.00

Gesundheit/Ernährung/Sport

Alt und gesund?: Altersbilder und Präventionskonzepte in der ärztlichen und pflegerischen Praxis/Ulla Walter et al. – Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006. – 258 S.
ISBN 3-8100-4084-3: EUR 29.90

Forberger, Torsten; Sommer, Ulrich: Die Anti-Aging (R)Evolution: das Handbuch zum Aufhalten und Umkehren des Alterungsprozesses. – Göllesheim: Cadusee Ed., 2006. – 243 S.
ISBN 3-89845-166-6: EUR 14.90

Hendel, Barbara: Schmerzfreie Gelenke: die ganzheitliche Arthrosetherapie. – München: Knauer, 2006. – 95 S.
ISBN 3-426-64457-6: EUR 12.95

Kleinmann, Dieter: Laufen und Walking im Alter: Gesundheitliche Auswirkungen und Trainingsgrundsätze aus sportmedizinischer Sicht. – Wien etc.: Springer, 2006. – 173 S.
ISBN 3-211-33613-3: EUR 24.90

Weil, Andrew; aus dem Amerikan. von Bernhard Kleinschmidt: Gesund älter werden: eine Anleitung für körperliches und geistiges Wohlbefinden ein Leben lang. – Berlin: Bloomsbury, 2006. – 352 S. – Übers. von: Healthy aging.
ISBN 3-8270-0651-1: EUR 22.00

Aktivierung/Pflege/Rehabilitation/Therapie

Demenzbehandlung in Pflegeheimen: Wirklichkeit, Chancen und Grenzen: 20. Workshop des „Zukunftsforschung Demenz“ 16. September 2005 in Berlin/Hrsg. Ingo Füsgen, Johannes F. Hallauer. – Berlin: Zukunftsforschung Demenz, 2005. – 65 S. – (Dokumentationsreihe; Bd. 16).
ISBN 3-938748-02-8: EUR 9.90

Eichhorn-Kölser, Elfi; Kraus Bernhard: Seniorennachmittage. – Freiburg i.Br.; Basel: Herder, 2006. – 29 S.
ISBN 3-451-29172-X: EUR 9.90

Ethik gestalten: neue Aspekte zu ethischen Herausforderungen in der Pflege/Barbara Städtler-Mach (Hrsg.). – Frankfurt a. M.: Mabuse-Verlag, 2007. – 174 S.
ISBN 3-938304-47-2: EUR 18.90.

Fiedler, Petra; Hohlmann, Uli: Vertellekes: das neue: ein Frage- und Antwortspiel für ältere Menschen. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 1 Schachtel (24 kleine, 240 grosse Spielkarten, 1 Spielfigur, 1 Würfel, 1 Sanduhr, 1 Spielanleitung).
ISBN 3-86630-024-7: EUR 69.00

Heiber, Andreas; Nett, Gerd: Handbuch ambulante Einsatzplanung: Grundlagen, Abläufe, Optimierung. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 200 S. – (Reihe PDL Praxis; Bd. 1) (Häusliche Pflege Bibliothek)
ISBN 3-86630-023-9: EUR 23.80

Klie, Thomas; Pfundstein, Thomas: Risiko-Management in der stationären Pflege: ein Leitfaden zu Methodik und Praxis im Umgang mit Pflegerisiken: Ergebnisse des Theorie-Praxis-Projekts Risiko-Management in der stationären Pflege des Kuratoriums Wohnen im Alter und des Arbeitsschwerpunktes Gerontologie & Pflege an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg. – Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe, 2006. – 100 S. – (Vorgestellt; 76)
ISBN 3-935299-90-7: EUR 11.00

Meudt, Dorothea: Sexualität in der Pflege alter Menschen: ein Ausbildungsmodul für die Altenpflege. – Köln: Kuratorium Deutsche Altershilfe, 2006. – 112 S. – (Thema – Tatsachen, Hinweise, Erfahrungen, Materialien, Argumente; 202).
ISBN 3-935299-87-7: EUR 17.00

Popp, Ingrid: Pflege dementer Menschen. – 3., überarb. und erw. Aufl. – Stuttgart: Kohlhammer, 2006. – 136 S. – (Kohlhammer Pflege Kompakt).
ISBN 3-17-019161-6: EUR 11.80

Prophylaxe: was Sie wissen müssen: was Sie tun können/Hrsg.: Lothar Vincentz. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 48 S. – (Altenpflege spezial).
ISBN 3-86630-022-0: EUR 7.50

Die Sprachen der Pflege: interdisziplinäre Beiträge aus Pflegewissenschaft, Medizin, Linguistik und Philosophie/Angelika Abt-Zegelin, Martin W. Schnell (Hrsg.). – Hannover: Schlütersche, 2006. – 179 S. – (Pflegebibliothek) (Wittener Schriften)
ISBN 3-89993-168-8: EUR 26.90

Van der Kooij, Cora; aus dem Niederländischen von Antje von Glan; mit einem Geleitwort von Christine Sowinski: „Ein Lächeln im Vorübergehen“: erlebnisorientierte Altenpflege mit Hilfe der Mäeutik. – Bern: H. Huber, 2007. – 212 S.
ISBN 978-345-684-3797: EUR 29.95

Sterben/Sterbebegleitung/Tod

Kruse, Andreas: Das letzte Lebensjahr: zur körperlichen, psychischen und sozialen Situation des alten Menschen am Ende seines Leben. – Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer, 2007. – 274 S. – (Grundriss Gerontologie; Bd. 12) (Urban-Taschenbücher; Bd. 771)
ISBN 3-17-018066-5: EUR 19.80

Lehrbuch Palliative Care/Cornelia Knipping (Hrsg.). – Bern: H. Huber, 2006. – 740 S. – (Hans-Huber-Programmbereich Pflege).
ISBN 3-456-84316-X: EUR 49.95

Gesetze/Verordnungen/Richtlinien/Recht

Klie, Thomas: Rechtskunde: das Recht der Pflege alter Menschen. – Hannover: Vincentz Network, 2006. – 592 S. (Lehrbuch Altenpflege).
ISBN 3-87870-139-X: EUR 24.80

Impressum

Herausgeber: Deutsches Zentrum für Altersfragen
Manfred-von-Richthofen-Straße 2, 12101 Berlin
Telefon (030) 260 7400, Fax (030) 785 4350
DZA im Internet: www.dza.de
(Links zum kostenfreien GeroLit-Angebot und
zur Internetausgabe des redaktionellen Teils des
informationdienst altersfragen)
presserechtlich verantwortlich und Redaktion:
Dr. Peter Zeman (zeman@dza.de)
verantwortlich für den Inhalt von GeroStat:
Dr. Elke Hoffmann
für GeroLit: Mahamane Baba Ali, Michael Flascha,
Beate Schwichtenberg-Hilmert; für die Bibliografie
gerontologischer Monografien:
Bibliothek und Dokumentation Pro Senectute
Schweiz, Fachstelle für angewandte Altersfragen
Lavaterstrasse 60, Postfach, CH-8027 Zürich
Telefon 0041-(0)1-283 89 80, Fax -283 89 80
Gestaltung und Satz: Mathias Knigge in Zusammen-
arbeit mit gold; Druck: Fatamorgana Verlag, Berlin

Der Informationsdienst erscheint zweimonatlich.
Bestellungen sind nur im Jahresabonnement mög-
lich. Jahresbezugspreis 25,- EURO einschließlich
Versandkosten; Kündigung mit vierteljährlicher Frist
zum Ende des Kalenderjahres. Bezug durch das
DZA. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken oder Aus-
zügen ist bei Nennung der Quelle erlaubt.
Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) wird
institutionell gefördert vom Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

ISSN 0724-8849